

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wegge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eing. Schrotbofstr.). Fernsprecher 1567. — Preisnummern zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljähr. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 erst. Bestellgeb. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzertionsgebühren die fünfgepaltene Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 136.

Magdeburg, Mittwoch, den 14. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Was verschwiegen wird.

Wp. Seit der Dehnhäuser Rede ist der ganze Regierungsapparat in Bewegung gesetzt worden, um „Gründe“ für die Zuchthausvorlage zusammenzutragen. Sauer genug ist den Betreffenden die Arbeit geworden und lange genug ist gefeilt und gedreht worden; die „Gründe“ sind dadurch um kein Haar besser geworden. Das Produkt dieser „geistigen Arbeit“ liegt vor in der „Begründung“, welche dem Entwurfe beigegeben ist, und in der Denkschrift, außerdem hat Herr Poladomsky noch etwelche Patronen in der Tasche, die er nicht voreilig verschicken will. Nach der „Denkschrift“, welche auf hundert Seiten lauter Schauer-geschichten enthält, zusammengetragen aus den Berichten der Unternehmerorganisationen und der Polizei, kann man darauf schließen, was der Geheimschrank des Grafen enthält.

Auf den ersten Blick findet man in der „Begründung“ und in der Denkschrift den klaren Beweis, daß es sich um ein Ausnahmegesetz handelt, denn die beiden Schriftstücke enthalten nichts weiter als Verunglimpfungen der Arbeiter. Hausenweise steht Material zur Verfügung über den Terrorismus, welchen die Unternehmer und Unternehmerverbände üben, aber auch nicht die leiseste Andeutung darüber ist in den beiden Elaboraten zu finden. Herr Poladomsky soll vor einigen Monaten erklärt haben, er sei erstaunt gewesen, zu sehen, wie gut die Unternehmer organisiert sind, trotzdem hat er über das schmutzige Treiben dieser Verbände sich ausgeschwiegen. Das ist erklärlich, zeugt aber von allem, nur nicht von Objektivität.

Beginnen wir mit der famosen „Begründung“. Es wird hier versucht, den Verdacht zu erwecken, als seien die organisierten Arbeiter eine einzige Verbrecherbande. Es werden zuvörderst die Zahlen der wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung, dieses gesetzgeberischen Monstrums, Bestraften aufgezählt. Sie betragen:

1892	74	1895	93
1893	38	1896	252
1894	47	1897	256

Die letzte Zahl ist falsch. Die offizielle Kriminalstatistik weist nur 249 Fälle auf. Warum die falsche Angabe? Etwa, weil man ein fortwährendes Steigen konstatieren will?

Was soll damit bewiesen werden? Die Begründung schweigt! Es wäre zu absurd, zu behaupten, daß sich aus diesen absoluten Zahlen eine Zunahme der Kriminalität bei den streikenden Arbeitern (nur auf solche kann der Paragraph angewendet werden) ergibt. Man nennt also die Zahlen, um den Verdacht zu erwecken, daß dem so sei! Will man etwas mit diesen Zahlen beweisen, so muß man sie in Bezug setzen zu der jeweiligen Zahl der Streikenden. Dann ergibt sich folgendes: Auf 1000 an Streiks Beteiligte kommen Verurteilte

1892	24,5	1895	6,6
1893	4,1	1896	2,0
1894	6,4	1897	3,3

Im allgemeinen entfallen in Deutschland auf 1000 Strafmündige 10,8 Verurteilte wegen Gesetzesübertretung. Es ergibt sich also, daß die Streikenden relativ weniger Anlaß zur Verurteilung wegen spezifischer „Streikdelikte“, wenn man so sagen will, geben. Aber das Verhältnis wird durch diese Zahlen noch gar nicht zum richtigen Ausdruck gebracht. Zur Verurteilung gehören immer zwei, und man weiß ja, wie die Gesetze gegen die Arbeiter gehandhabt werden, besonders in letzter Zeit: in den Berichten der Fabrik-Juppektoren beständige Klagen über die milde Behandlung der Unternehmer, die ungestraft Kinder ausbeuten bis aufs Blut, und überhaupt auf das Gesetz pfeifen; auf der anderen Seite nennen wir Löbliau — das genügt.

Dann heißt es: „Die aus Anlaß von Streitausschreitungen auf Grund des Strafgesetzbuches erfolgten zahlreichen Verurteilungen wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Person, wie Beleidigungen, Körperverletzungen, Nötigungen und Bedrohungen, lassen sich aus der Gesamtzahl der wegen dieser Delikte überhaupt erfolgten Verurteilungen nicht unterscheiden. Es haben aber — dieses „aber“ ist unbezahlbar! — die Verurteilungen wegen der bezeichneten Delikte erheblich stärker zugenommen, als es der Zunahme der strafmündigen Bevölkerung entspricht.“ Folgen ein paar Zahlen, aus denen sich ergibt, daß die Zahl der wegen Beleidigung, einfacher und gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung Verurteilten von 143 747 Personen im Jahre 1892 auf 178 817 im Jahre 1895 angewachsen ist. Was beweist das? Die Begründung schwärzt abermals! Diese Zahlen sollen — wie das famose „aber“ beweist — den Eindruck hervorrufen, daß die Kriminalität in Bezug auf die genannten Delikte steigt, weil die Arbeiter bei ihrer Organisationsfähigkeit bei ihren Streiks sich besonders zu Reibereien geneigt zeigen. Die

Begründer dürfen das nicht präzis behaupten. Aber sie verdächtigen mit einem „aber“, wo sie zu beweisen haben. „Aber!“ Nun, aber die Kriminalstatistik enthält den zahlenmäßigen Beweis, daß jene Verdächtigung haltlos ist. Das mußten die Begründer wissen. Allerdings läßt sich nicht nachweisen, wie viele Verurteilungen erfolgten „aus Anlaß von Streik-Ausschreitungen“, doch giebt die Kriminalstatistik wenigstens Aufschluß über die soziale Stellung der Verurteilten, ob „Selbstständig“, d. h. Unternehmer oder Arbeiter (wobei leider die „Angestellten“ und Arbeiter nicht gesondert sind). Weiß man also die Zahl der Unternehmer und Arbeiter, so kann man berechnen, wie viel Verurteilte auf je 1000 Unternehmer und Arbeiter entfallen. Wollten also die Begründer nachweisen, daß die Arbeiter sich besonders verbrecherisch erweisen, so hätten sie diese Berechnung mitgeteilt. Sie haben es nicht getan. Sie wissen warum! Es ergibt nämlich die Berechnung für die Jahre 1882 und 1895, wo wir über genaue Zahlen der Unternehmer und Arbeiter auf Grund der Berufszählung verfügen, folgendes: Es wurden verurteilt von je 1000 Unternehmern und Arbeitern (mit Einschluß der Angestellten) in Industrie und Handel

Delikt	Unternehmer		Arbeiter	
	1882	1895	1882	1895
Beleidigung	3,52	4,12	1,15	1,79
Einfache Körperverletzung	0,88	1,26	0,98	1,38
Gefährliche Körperverletzung	1,16	2,39	2,79	4,73
Nötigung und Bedrohung	0,22	0,53	0,20	0,50
Summa	5,78	8,30	5,42	8,40

Wie man sieht, halten sich Unternehmer und Arbeiter in Bezug auf die genannten Delikte so ziemlich die Waage. Besonders in Betracht kommen jedoch die Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen, weil Körperverletzungen nach wie vor auf Grund des allgemeinen Strafgesetzes verfolgt werden sollen. Und nun muß den Begründern das Malheur passieren, daß in Bezug auf diese Delikte die Kriminalität der Unternehmer eine höhere, als die der Arbeiter ist! Beleidigungen lassen sich die Unternehmer 2¹/₂ Mal öfter zu schulden kommen, als die Arbeiter. Und die Zahl der wegen Beleidigung Verurteilten wächst schneller in den Reihen der Unternehmer, als der Arbeiter! Sie stieg bei den ersten um 0,60 pro Tausend, bei der letzteren um 0,34.

Das Delikt der Körperverletzung ist allerdings bei den Arbeitern häufiger. Das erklärt sich leicht: im Affekt schlägt der Arbeiter leicht zu mit dem Handwerksgerät, das er gerade bei der Hand hat, und nervöse, überreizte Menschen, wie es die Fabrikarbeiter bei der übermäßigen Arbeitszeit sind und sein müssen, geraten leicht in Wallung. — Vor allem kommt aber gerade hier in Betracht, daß die „Rechtsgleichheit“ wohl auf dem Papiere, aber nicht in der Praxis besteht. Bei den sogenannten „Hoheitsverbrechen“ wird der Richter unwillkürlich sich von dem sozialen Vorurteile leiten lassen, in jedem Arbeiter einen „rohen Patron“ sehen. Was es damit auf sich hat, wird jetzt ja wieder so prächtig illustriert: die höchste Aristokratie Frankreichs stellt Nowodys, die über einen demokratischen Präsidenten herfallen, die österreichischen, italienischen, französischen Parlamentarier schimpfen und raufen wie die Buschmänner. Außerdem hat der „Selbständige“, der Unternehmer, die Mittel, sich einen mächtigen Anwalt zu nehmen, der Arbeiter hat sie nicht. Letzteres wird illustriert durch folgende Zahlen: 1882 (für 1895 fehlt die Angabe) wurden von den 3473 wegen einfacher Körperverletzung angeklagten „Selbständigen“ verurteilt 1563, d. h. 45 Prozent, von den 6234 Arbeitern, die dieses Deliktes angeklagt waren, wurden aber 80 Prozent verurteilt; wegen gefährlicher Körperverletzung wurden 75 Prozent der angeklagten „Selbständigen“, 82 Prozent der angeklagten Arbeiter verurteilt. — Das ist ein zahlenmäßiger Beweis für die schärfere Handhabung des Gesetzes gegen den Unbemittelten, den Arbeiter. Und trotzdem! Zieht man die allgemeine Kriminalität in Betracht, so ergibt sich folgendes: Es wurden verurteilt auf je 100

	Unternehmer	Arbeiter
1882	14,0	17,6
1893	21,2	21,5
1895 mehr als 1882	7,2	4,2

Es ist also — bei allgemeinem Steigen — die Kriminalität der Unternehmer in bedeutend schnellerem Steigen begriffen als diejenige der Arbeiter. Darnach beurteilt man die „Objektivität“, welche darin liegt, einige willkürliche Zahlen herauszugreifen, um durch diese den Verdacht gegen die Arbeiter hervorzurufen.

Doch weiter: Die „Begründung“ will den Verdacht erwecken, als seien die organisierten Arbeiter diejenigen, welchen die meisten Gesetzesübertretungen zur Last fallen, als seien die Streiks

vor allem Schuld an dem Steigen der Kriminalität. Die Begründung sagt, der Beweis ließe sich nicht direkt führen. Aber indirekt muß er sich führen lassen: Man braucht nur diejenigen Länder und Provinzen, in denen die Organisation weit fortgeschritten ist, denjenigen gegenüberzustellen, wo der gewerkschaftliche Kampf noch wenig zum Durchbruch kommt. Die Begründer thun auch das nicht. Wieber: Sie wissen warum! Es ergibt sich nämlich folgendes: Wenn wir als Beispiele Sachsen (Königreich), Pommern und Schlesien herausgreifen, so ergibt sich: es wurden auf je 1000 der Bevölkerung verurteilt:

Delikt	in Pommern		in Schlesien		in Sachsen	
	1882	1895	1882	1895	1882	1895
Beleidigung	1,30	0,74	1,41	1,49	1,09	1,16
Einfache Körperverletzung	0,16	0,09	0,65	0,86	0,51	0,85
Gefährliche Körperverletzung	0,77	0,57	0,91	1,68	0,99	1,86
Nötigung und Bedrohung	0,09	0,07	0,13	0,43	0,05	0,14
Summa	2,31	1,47	3,10	4,46	2,64	4,01

Diese Zahlen besagen: Das hochindustrielle Sachsen, in dem der Klassenkampf am schärfsten in Deutschland geführt wird, in dem Polizei und Justiz in jeder noch so harmlosen Handlung eines Arbeiters Verbrechen erblicken, hat nicht nur unter den drei Ländern die relativ wenigsten Delikte gegen die Person aufzuweisen, sondern, es hat auch allein von den drei Ländern eine relative Abnahme der Verurteilungen aufzuweisen. — Die höchste relative Zahl der Verurteilungen weist Schlesien auf, wo die kapitalistische Revolution mit furchtbarer Gewalt arbeitet, ohne daß bisher die Arbeiter sich zu Achtung gebietenden Organisationen aufschwingen konnten. Pommern, das Dorado der Junker, in welchem die agrarische Bevölkerung noch bedeutend überwiegt, wo nur in den wenigen Städten die Rede sein kann von Streiks, hat eine relativ hohe Zahl der Verurteilungen aufzuweisen, und eine nahezu ebenso große Steigerung dieser Zahl als Schlesien.

Will man also die gesamten Vergehen und Verbrechen in einen Zusammenhang mit den sozialen Kämpfen bringen, wie es die „Begründung“ thut, dann ergibt sich folgendes: der revolutionierende Einfluß der kapitalistischen Entwicklung zeitigt eine hohe Reizbarkeit und Nervosität, welche sich in Delikten gegen die Person kundgibt; diese Delikte sind unter den Unternehmern ebenso zahlreich, wie unter den Arbeitern; sie nehmen ab bei den Arbeitern, wo diese zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt sind und einen planmäßigen, organisierten Kampf um die Hebung ihrer Klasse führen.

Die Geheimräte aber, welche auf Befehl die Begründung des Ausnahmengesetzes gegen die Arbeiter ausarbeiten mußten, haben es unerlassen, die Zusammenhänge aufzudecken, welche die Zahlen der offiziellen Statistik lehren. Man sucht die Arbeiter, und besonders die organisierten Arbeiter zu verdächtigen und diese Verdächtigung stellt sich an der Hand eben des Materials, auf welches die Regierung sich beruft, heraus als ein einziger großer — sagen wir — Irrtum. Die Kriminalstatistik ist leider kein Geheimnis der Regierung und der betreffenden Klassen; auch die Sozialdemokraten sind im Besitz derselben und werden, wie im Vorstehenden zum Teil schon gesehen, die richtigen Schlusfolgerungen daraus ziehen und verbreiten. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Zur Tagesordnung des Reichstags wird angenommen, daß die dritte Beratung des Gesetzes über die Invalidenversicherung Dienstag und Mittwoch in Anspruch nehmen wird. Am Donnerstag werden voraussichtlich die Kortes den Karolinenvertrag annehmen und soll alsdann auf Grund telegraphischer Mitteilung sofort die Vorlage in den Reichstag eingebracht werden. Die erste Beratung der Zuchthausvorlage kann demnach schon Ende dieser Woche, bestimmt aber Anfang nächster Woche beginnen. Die Vertagung des Reichstags ist möglich für den 20. oder 21. Juni. —

Die Entscheidung über die Kanalvorlage steht nahe bevor. Die Hoffnungen für das Zustandekommen der Vorlage haben sich gesteigert — Miquel weiß jetzt was er will und nun wissen auch die Konservativen was sie wollen. Der oben erschienene Bericht der Kommission enthält sehr schätzenswertes Material für und gegen die Vorlage übersichtlich geordnet und zusammengestellt. Aber neues Material, was besonders ins Gewicht fällt, ist darin nicht enthalten, ausgenommen etwa die ausführlichen Darlegungen der

Militärverwaltung über die militärische Bedeutung des Kanals. Dieselben sind noch illustriert durch Karten über die Kanalverbindungen in Frankreich und die neuen Kanalanlagen in Frankreich an der deutschen Westgrenze. Die zweite Lesung der Kanalvorlage, die am Donnerstag erfolgen soll, erstreckt sich über acht einzelne Paragraphen; doch fällt die Entscheidung sogleich bei § 1, da die §§ 2 bis inklusive 6 nur die Beteiligung der Provinzen an den Kanalkosten betreffen.

Die sozialdemokratische Agitation gegen die Zuchthausvorlage hängt unseren Gegnern. Der Hamburger Korrespondent äußert den Wunsch, daß die erste Lesung „eine Klärung der Situation in der Richtung ergebe, daß an ein Gejagwerden der Vorlage in ihrer jetzigen oder einer ähnlichen Gestalt nicht zu denken sei. Geschieht das nicht, so wird die sozialdemokratische Agitation, die mit so furchtbarer Leidenschaftlichkeit einsetzt, bis zur definitiven Erledigung des Entwurfs schon mehr geschadet haben, als auch ein wesentlich besseres Gejeh in einer ganzen Reihe von Jahren gutmachen könnte.“

Wir können allen Genossen nur empfehlen, die Agitation in entschiedener Weise fortzusetzen. Material ist faßsam da:

- a) die Vorlage selbst,
- b) Bericht über die erste Lesung der Zuchthausvorlage,
- c) Verbreitung der stenographischen Berichte,
- d) Aufnahme einer Statistik zwecks Prüfung der Polizeiberichte,
- e) öffentliche Verlesung der Vorlage,
- f) Verbreitung eines Flugblattes über das ganze Land,
- g) Mitteilungen über das Ergebnis der von heute bis zum Wiederzukommen des Reichstages betriebenen Agitation.

Nur munter vorwärts. Jeder mag auf Posten stehen.

Aus Nordschleswig werden neue Ausweisungen gemeldet. Der Hofbesitzer Simonen in Flott wurde jüngst zum stellvertretenden Mitgliede des Vorstandes des dänischen Wählervereins gewählt. Jetzt sind von seinen Dienstboten ein 60jähriger Tagelöhner, der ein Menschenalter lang auf dem Hofe gearbeitet hat, ein 19jähriger Knecht, Sohn eines Optanten, und ein 15jähriges Pindermädchen ausgewiesen worden. Auch bei dem Schwiegervater Simonens, dem Hotelbesitzer Eriksen in Sverdrup, welcher gleichfalls Vorstandesmitglied des Wählervereins ist, haben, wie die Danneb. mitteilt, gleichfalls mehrere Dienstboten Ausweisungsbefehle erhalten. Dem Himmel sei Dank, daß Deutschland von diesen gemeingefährlichen Kinder mädchen und Dienstboten befreit ist.

Das Urteil des Kriegsgerichts, nach welchem Leutnant Döring vom Infanterie-Regiment 68 wegen des Duells mit dem Studenten Klöpper 2 1/2 Jahre Gefängnis erhielt, ist nach der Frankfurter Zeitung vom Kaiser bestätigt worden. D. hat seine Strafe auf der Festung Wesel bereits angetreten. Der Sekundant Leutnant Koepe erhielt 14 Tage Festungshaft, er thut gegenwärtig noch seinen Adjutantendienst, der zweite Sekundant Leutnant Horn wurde freigesprochen.

Abel und Zuchthaus. Das deutsche Völkchen, Organ zur Verfolgung blaublütiger Sonderinteressen, beschäftigt sich in seiner neuesten Nummer mit der Zuchthausvorlage. Das Blatt will „gern zugeben“, daß die Vorlage in einigen Punkten abänderungsbedürftig ist. Denn, so sagt das Blatt für fromme Zucht und blaublütige Zucht:

„Gegen den Terrorismus der kapitalistischen Unternehmer, die weder Herz noch Verständnis für die Lage der Arbeiter haben, die nichts weiter kennen und berücksichtigen, als lediglich ihr Geschäft, gegen diese soziale Gefahr müssen noch festere Dämme errichtet werden.“

Sehr richtig! Aber wo sind diese kapitalistischen Unternehmer schlimmer, als in Ostbrien? Wo ist der Terrorismus größer, als in den Streiken gewisser landwirtschaftlicher Großkapitalisten? Wo ist der Terrorismus gegen die berechnete Abwehr geistiger, als bei den Junkern und Junkerengenossen, die in der Landwirtschaft ihr Wesen treiben? Denn daß diese Herren Kapitalisten weder Herz noch Verständnis für die Lage der Arbeiter hat, wird am besten dadurch bewiesen, daß sie den ländlichen Arbeitern noch immer das natürlichste Recht des Menschen, das Koalitionsrecht, vorenthält. Daher müßten, wie mit vollem Recht die Volkszeitung bemerkt, wenn die Organe des verjüngerten Kapitalismus es ehrlich mit den Arbeitern meinten, sie, anstatt für die Zuchthausvorlage Plakate zu machen, gegen die weitere Vorenthaltung des Koalitionsrechts den ländlichen Arbeitern gegenüber so lange agitieren, bis das Koalitionsrecht auch diesen Arbeitern gesetzlich verbürgt ist. Wird dies geschehen?

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung. Montag, den 12. Juni 1899. 1. Sitz.

(Eigener Bericht.)

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski, Graf v. Helldorf, a. Helldorf, Graf v. Helldorf, Graf v. Helldorf.

Das Gesetz über die Gebühren für die Benutzung des Kaiserlichen Kanals wird in dritter Lesung ohne Debatte nach dem Beschluß der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Nachtragsetats für 1899.

Die Anträge für das archäologische Institut in Rom und Athen sind entsprechend dem Kommissionsbericht im Juni um 10000 Mark teilsweise mit dem Budget, einschließlich 20000 Mark zur Förderung des archäologischen Instituts in Rom und Athen, angenommen.

Die Verhandlung der Gebr. Dehnbach soll gemäß dem Kommissionsbericht von 100000 auf 150000 Mark erhöht werden. Die Gebr. Dehnbach sollen dagegen auf alle weiteren Ansprüche an das Deutsche Reich verzichten.

Abg. Dr. Sieber (Centr.) beantragt das Dispositio hier wie folgt zu sein:

Zur Annahme und endgültigen Abänderung der Gebr. Dehnbach ist die Kommission des Reichs aus ihrer Tätigkeit im Sachverhalt zurückgezogen. Internationalen Vorrede gegen ihren Verzicht auf alle Ansprüche an das Reich: 150000 Mark.

Nach kurzer Debatte wird der Entwurf im Reichstagen einstimmig angenommen.

Im Reichstagen des Jahres werden 75000 Mark für einen archäologischen Ausgrabungsplatz in Rom und Athen zur Verfügung gestellt. Die Kommission beantragt die Bewilligung der Forderung.

Abg. Hebel (Soz.): Wir haben es für sehr unangebracht, daß die Gebr. Dehnbach zum Verzicht auf alle Ansprüche an das Reich gezwungen werden.

der Berichte der Gewerbeinspektoren widmet. Es hat verlaute, daß eine neue Enquete veranlaßt werden soll darüber, ob die Bestimmungen der bekannten Bäckereiverordnung imgefallen werden können. Die Berichte der Gewerbeinspektoren geben absolut keinen Anhalt für die Notwendigkeit einer solchen Enquete. Auf die Zustände im Bäckereigewerbe hat ein Prozeß, der kürzlich in Würzburg stattfand, das denkbar ungünstigste Licht in sanitärer Beziehung und in Bezug auf die Ausdehnung der Arbeitszeit geworfen. Ich will jetzt auf diesen Prozeß nicht weiter eingehen, jedenfalls hat die Verhandlung bewiesen, daß eine strenge Kontrolle der Bestimmungen der Gewerbeordnung notwendig ist.

Staatssekretär Graf Posadowski: Ich habe mir infolge des Würzburger Prozesses die Akten kommen lassen und werde danach erwägen, ob nicht in der That generelle Verordnungen notwendig sind, um die sanitären Verhältnisse in den Bäckereien im Interesse des Publikums in höherem Maße sicher zu stellen wie bisher. An eine Abänderung der Bäckereiverordnung kann jetzt noch nicht gedacht werden, weil endgültige Verfügungen darüber von einem Teil der Bundesregierungen noch nicht eingegangen sind.

Abg. Koch (Soz.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß bei dem letzten Bauarbeiter-Kongreß die Regierung die Entsendung eines Vertreters abgelehnt hat, weil ihre Beamten zu sehr überlastet seien. Wenn die Unternehmer zusammentreten, sind oft genug Vertreter der Regierung dabei, und ich bin der Überzeugung, daß, wenn der gute Wille vorhanden gewesen wäre, die Entsendung eines Vertreters zu diesem Kongreß, bei dem es sich um die höchst wichtige Frage des Bauarbeiter-schutz handelte, sehr wohl möglich gewesen wäre. — Endlich möchte ich den Herrn Staatssekretär fragen, wie es mit dem Material steht, das bis zum 1. April von den Regierungen über die Frage des Bauarbeiter-schutz eingeholt werden sollte. Was jetzt haben wir darüber nichts gehört.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die Antworten der einzelnen Regierungen über diese Frage sind zu meinen Bedauern noch nicht vollständig eingegangen. Was die Nichtentsendung eines Regierungsvertreters zum Bauarbeiterkongreß anlangt, so sind erstens die Kommissare der Regierung außerordentlich bezeugt, dann aber können Sie es auch der Regierung unmöglich zumuten, daß sie sich auf einem Kongreß vertreten läßt, der geschmückt ist mit den republikanischen Abzeichen. Erst dann, wenn Sie nicht immer diese alten Lädenhüter in die Schaufenster stellen, können wir daran denken, Vertreter zu Ihren Kongressen zu entsenden.

Abg. Hebel (Soz.): Die Embleme sollten denn doch den Herrn Staatssekretär nicht abschrecken. Dadurch, daß die rote Fahne bei den Kongressen aufgehängt wird, werden doch die Verhandlungen noch nicht gefährlich. Uebrigens „alte Lädenhüter“, mit denen man ein neues Publikum glaubt anzuziehen zu können, sind die roten Fahnen nicht. Die rote Fahne kommt an dem Tage zur Geltung, an dem die Grundröße, die sie zum Ausdruck bringt, zur Verwirklichung gelangt sind, und daß diese Verwirklichung eintritt, werden Sie nicht hindern können. — Ich möchte Ihnen nun noch kurz einige Thatsachen, die in den Würzburger Bäckereien vorgefallen sind, mitteilen. Der Bäckermeister Ulrich ließ auf den Boden gefallenes schmutziges Mehl wieder verwenden. Derselbe Mehl gab seinen Gehilfen 16 Wochen lang keine richtige Bettwäsche. Bei dem Bäckermeister Millan wurde der Eimer, in dem Milch und Wasser zu Backzwecken geholt wurde, auch zum Händewaschen und Scheuern des Fußbodens benützt. Bei dem Bäckermeister Süßer — und das ist das härteste — wurde mit derselben Bürste der Backofen und ein Geschirr gereinigt, das ich nicht nennen will. (Hört! hört! laut.) Unter solchen Umständen, meine ich, hat der Bundesrat alle Veranlassung, die Bäckereiverordnung nicht etwa im Sinne der Mehlreiner anzuschärfen, sondern sie vielmehr im Interesse der Gehilfen auszuweiten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Parasitärer Ministerialdirektor Ritter v. Herrmann erklärt, daß er das betr. Material dem Reichstag vorlegen werde, sobald er es von seiner Regierung erhalten habe.

Abg. Koch (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat sich über die rote Fahne ausgesprochen. Aber dieser war doch nichts Anstößiges da. Ich habe dem Kongreß beigewohnt und kann bestätigen, daß die Mißstände in der sachlichen, ruhigen Weise dargelegt wurden. Woher würde der Herr Staatssekretär überhaupt, daß die roten Fahnen aufgehängt würden? In seiner Antwort fand nur, er habe nicht genug Beamte. Das ist eine unwürdige Behandlung der Arbeiter. Diese haben das Recht, den wahren Grund zu erfahren.

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt, daß die Beamten der Regierung vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten müssen, daher wirklich zu überlastet gewesen seien. Und dann: Wollten Vertreter der Reichsregierung, Beamte des monarchischen Staats an Beratungen der antimonarchischen Sozialdemokratie sich beteiligen, so würden sie gegen ihren Dienstverhältnis verstoßen und geradezu Verrat begehen. (Lebh. Bravo! laut.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Es war bis jetzt nach der Naturgeschichte nicht bekannt, daß die rote Farbe eine Wirkung auch auf Menschen ausüben könne.

Präsident Graf Ballopprem (unterbrechend): Diese Aussage eines Vertreters des Bundesrats gegenüber war eine durchaus unangehörige; ich rufe den Abg. Stadthagen deshalb zur Ordnung.

Abg. Stadthagen (unbeirrt fortsetzend): eine Wirkung, von der man sich gar nicht annahmen konnte, daß sie auch auf die Vertreter der Regierung ausgeübt werden würde. — Jedenfalls: in dem Schlegelstrich in dem nicht die Rede. Da steht als Grund nur der Zeitmangel. Der Kongreß war auch nicht nur von Sozialdemokraten besucht, sondern auch von anderen Leuten, die dort höflich eingeholt haben, daß nur die Sozialdemokraten das Wohl der Arbeiter vertreten können. (Zurufe.) Ja, Sie mögen anderer Ansicht sein; der Unterschied zwischen meiner und Ihrer Auffassung ist eben der, daß die Fahne die soziale ist. (Erneute Deutlichkeit.) Schließlich der roten Fahne will ich den Herrn Staatssekretär darauf hinweisen, daß die rote Fahne die Fahne der Sozialdemokratie und der Menschenliebe ist. Ich verhehle nicht, weshalb die Fahne, die Fahne der Menschenliebe zu erklären, die Regierung von der Verwirklichung eines Kongresses abhalten kann. — Ich möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, von seinem Verzicht abzugehen und nicht immer nur zu versprechen, sondern zu handeln.

Staatssekretär Graf v. Posadowski: Auch aus den Reihen der Sozialdemokratie kommt es zu gelegentlichen Kongressen unter der Voraussetzung für die republikanische Staatsform verquid werden. Das war auch nur der Sinn meiner Worte: wir sind stolz darauf, daß das monarchische Deutschland an erster Stelle steht in der Reihe der Arbeiterklasse. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe es, daß der Arbeiterkongreß mit einem hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschloffen wurde. Und so ein hoch auf diese Arbeiterbewegung, da gehört ein Vertreter der Arbeiterbewegung nicht hin. (Lebhafte Bravo! laut.)

Abg. Hebel (Soz.) In Konjunktur jenes Standpunktes müßte der Herr Staatssekretär dafür sorgen, daß künftig kein Polizeibeamter mehr in jugendlichen Verfassungen kommt. (Heiterkeit.) Ich habe es etwas kritisch, wenn eine königliche Behörde an denartigen Umständen Anstoß nimmt. Vor allem kommt es doch auf den Gegenstand der Besetzung an. (Sehr richtig.) Dem Herrn Staatssekretär geht der Ton des Abg. Stadthagen nicht und er fürchtet sich für das Vergehen des Reichstags im Ausland. Da frage ich wohl nur an die Reichstagsmitglieder die obersteinsten Instanzen zu erinnern. Dort haben königliche Abgeordnete ein Verhalten gezeigt, das bei uns noch nie vorkam.

Der Herr Staatssekretär hat die Verhandlung so möglich machen, wie das Reichstagsgesetz, mit anderen nicht dem gehörigen Dingen bedacht. Es kann nicht bedacht werden, daß die Sozialdemokratie aus ihrer Hand läßt. Die rote Fahne ist die Fahne der Sozialdemokratie, wie jedes Krupp ihre Fahne hat — der Herr Staatssekretär hat ja wohl auch zu einem Krupp gehört. Die Sozialdemokratie bezweckt nicht, am Grund der bestehenden Ordnung die Lage der Arbeiter zu verbessern; sie bezweckt aber jenseit die Umwandlung dieser Gesellschaftsordnung in eine republikanische. (Abg. a. Randweg: Republik!) Das versteht sich doch ganz von selbst. Dem Herrn Staatssekretär möchte ich nun ein hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, um die Reichstagsmitglieder zu erinnern. Dort haben königliche Abgeordnete ein Verhalten gezeigt, das bei uns noch nie vorkam.

Der Herr Staatssekretär hat die Verhandlung so möglich machen, wie das Reichstagsgesetz, mit anderen nicht dem gehörigen Dingen bedacht. Es kann nicht bedacht werden, daß die Sozialdemokratie aus ihrer Hand läßt. Die rote Fahne ist die Fahne der Sozialdemokratie, wie jedes Krupp ihre Fahne hat — der Herr Staatssekretär hat ja wohl auch zu einem Krupp gehört. Die Sozialdemokratie bezweckt nicht, am Grund der bestehenden Ordnung die Lage der Arbeiter zu verbessern; sie bezweckt aber jenseit die Umwandlung dieser Gesellschaftsordnung in eine republikanische. (Abg. a. Randweg: Republik!) Das versteht sich doch ganz von selbst. Dem Herrn Staatssekretär möchte ich nun ein hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, um die Reichstagsmitglieder zu erinnern. Dort haben königliche Abgeordnete ein Verhalten gezeigt, das bei uns noch nie vorkam.

Der Herr Staatssekretär hat die Verhandlung so möglich machen, wie das Reichstagsgesetz, mit anderen nicht dem gehörigen Dingen bedacht. Es kann nicht bedacht werden, daß die Sozialdemokratie aus ihrer Hand läßt. Die rote Fahne ist die Fahne der Sozialdemokratie, wie jedes Krupp ihre Fahne hat — der Herr Staatssekretär hat ja wohl auch zu einem Krupp gehört. Die Sozialdemokratie bezweckt nicht, am Grund der bestehenden Ordnung die Lage der Arbeiter zu verbessern; sie bezweckt aber jenseit die Umwandlung dieser Gesellschaftsordnung in eine republikanische. (Abg. a. Randweg: Republik!) Das versteht sich doch ganz von selbst. Dem Herrn Staatssekretär möchte ich nun ein hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, um die Reichstagsmitglieder zu erinnern. Dort haben königliche Abgeordnete ein Verhalten gezeigt, das bei uns noch nie vorkam.

man sich wirklich nicht scheut, das Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen. Man hat es aber nicht getan, weil noch andere Männer anwesend waren, die nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie standen, wohl aber der modernen Arbeiterbewegung angehört. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Forderung für den vorzutragenden Rat im Reichsamt des Innern wird bewilligt.

Die ebenfalls beim Reichsamt des Innern geforderten 20000 Mark zur Förderung der römisch-griechischen Altertumskunde beantragt die Kommission hier zu streichen, daß dieser Betrag auf den Etat des Auswärtigen Amtes, und zwar zu dem Posten für das Archäologische Institut zu Rom und Athen übertragen werden soll.

Nach unwesentlicher Debatte stimmt das Haus dem Antrage zu. Beim Kapitel „Patentamt“ scheidet

Staatssekretär Graf Posadowski auf Anregung des Abg. Müller-Sagan (fr. Wpt.) den Technikern dieser Behörde ein gewisses Uebergewicht über die anderen Beamten zu.

Der Nachtrag zum Marineetat wird beabteilungslos genehmigt. Zu Teuerungszulagen für Unterbeamte fordert der Nachtragsetat schließlich 1642250 Mark, darunter für Postunterbeamte 1355550 Mark.

Die Kommission beantragt die Bewilligung.

Abg. Singer (Soz.) bittet um Auskunft über die Teuerungszulagen bei den Postunterbeamten. Ich kann heute auf das Verhalten des Herrn Staatssekretärs gegenüber seinen Unterbeamten nicht eingehen, will aber nur bemerken, daß sein Vorgehen das gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht der Beamten illusorisch macht. Mit der Bewilligung der Teuerungszulage sind wir vollständig einverstanden; nur hätten wir gewünscht, daß die Summe höher gegriffen und der Kreis der betr. Beamten erweitert worden wäre. Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob er beabsichtigt, auch den Hilfspostboten ihre schwierige Lage zu erleichtern.

Gesheimrat Neumann erklärt, daß dies einstweilen nicht in der Absicht der Regierung liege.

Abg. Singer (Soz.) betont nochmals die Notwendigkeit, auch die nicht fest angestellten Beamten ihrer Notlage zu entreißen.

Staatssekretär v. Posadowski bemerkt, daß die diätarisch angestellten Beamten gar nicht so schlecht gestellt seien.

Abg. Müller-Sagan (fr. Wpt.) empfiehlt eine Aufbesserung der Löhne für die Posthilfsboten.

Damit schließt die Diskussion.

Die Forderung wird bewilligt, ebenso der Rest des Nachtragsetats und das Etatsgesetz.

Das Hypothekengesetz wird in zweiter Lesung en bloc angenommen.

Die Abg. v. Strombeck (Centr.) und Schrader (Freif. Wg.) behalten sich für die dritte Lesung Erörterungen vor.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Invalidenfondsgesetzes, des Hypothekengesetzes, des Invalidenversicherungsgesetzes.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Nachrichten aus dem Auslande.

Der König von Italien hat am Sonntag Erlasse unterzeichnet, durch welche Strafen für Vergehen gegen die Steuergesetze und gegen die öffentliche Sicherheit sowie Strafen für Desertionen aus der Handelsmarine erlassen werden. Auch für Personen, welche sich der Wehrpflicht in der Armee oder der Marine entzogen haben, ist ein Amnestie-Erlaß ergangen, der die Jahresklassen 1859 bis 1878 umfaßt. Und in Deutschland beunruhigt man die Gemüter mit einer Zuchthausvorlage, und beschwört damit einen Klassenkampf hervor, wie er scharfer noch zu keiner Zeit geführt worden ist.

In Indien sind in den Distrikten Madura und Tinevelly unter der fanatischen Schanar-Sekte ernste Unruhen ausgebrochen; zur Wiederherstellung der Ruhe ist Militär entsandt worden. Darum Platz den — Kleinkalibern.

Deutschland als Kulturbringer.

Für die Chinesen im deutschen „Pachtgebiet“ Kwantung ist eine Verordnung über die Strafrechtsprechung erschienen, die unter andern folgende Paragraphen enthält:

Die zulässigen Strafen sind 1. Prügelstrafen bis zu 100 Schlägen, 2. Geldstrafe bis zu 5000 Dollars, 3. zeitige Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren, 4. lebenslängliche Freiheitsstrafe, 5. Todesstrafe. Auf sie kann allein oder in Verbindung miteinander oder mit Ausweisung aus dem Schutzgebiet erkannt werden.

Für die Handlungen jugendlicher Personen kann deren Vater, älterer Bruder, Vormund oder diejenige Person zu einer Strafe verurteilt werden, deren Obhut der jugendliche Verbrecher anvertraut ist.

Die Vollstreckung der Prügelstrafe erfolgt mit einem vom Gouverneur genehmigten Züchtigungsinstrument. Das auf Prügelstrafe lautende Urteil kann auf ein- oder mehrmaligen Vollzug ergehen. Bei jedem Vollzug darf die Zahl von 25 Schlägen nicht überschritten werden. Bei der Vollstreckung ist auf den Körperzustand des Verurteilten Rücksicht zu nehmen.

Die Freiheitsstrafe kann mit Zwangsarbeit verbunden werden. Widerpenfliche Personen dürfen bei der Arbeit gefesselt werden.

Wir zweifeln nicht, daß sich das deutsche Gouvernement mit dieser Verfügung in China äußerst beliebt machen wird. Die Chinesen sehen nun doch, daß die deutsche Regierung weit entfernt ist, in China die verhasste abendländische Kultur einzuführen.

Das Ministerium Dupuy gestürzt.

Die Massenfundgebung für die Republik.

Eine Massenfundgebung für die Republik brachte der Sonntag-Nachmittag in Paris, der eigentlich von den vornehmen republikanischen Nobdies zu einer Wiederholung der Skandal-scenen des vorigen Sonntags auszuweisen war. Aber nachdem die monarchistischen Faulenzen gesehen hatten, daß von der Polizei hinreichende Sicherheitsmaßregeln getroffen worden waren, um ihre Skandale zu verhindern, und nachdem insbesondere die sozialistischen Arbeiter beschlossen hatten, zu einer großen republikanischen Kundgebung in Massen zu erscheinen, hatten es die vornehmen Herren vorgezogen, mit ihren ebenso vornehmen Damen entweder überhaupt zu Hause zu bleiben, oder sich doch auf der Rennbahn von Longchamps hübsch anständig zu betragen.

Auf dem ganzen Wege vom Elysee bis Longchamps wurde Präsident Loubet in wärmster Weise von der dicht gedrängt stehenden Menschenmenge mit den immer sich wiederholenden Ruf „Es lebe Loubet!“, „Es lebe die Republik!“ begrüßt. An der Kaskade, wo die Menge am dichtesten war, werden Loubet Orationen bereitet. Als der Präsident auf der Tribüne erschien, ertönte es aus

der ungeheuren Menschenmenge wie ein einziger Ruf: „Es lebe Loubet“, „Es lebe die Republik“; nur ganz vereinzelt wurden einige Rufe: „Es lebe die Armee“ laut. Auch auf dem Rückwege wurde Loubet sehr sympathisch begrüßt. Nicht zu vergessen ist, daß alle diese Kundgebungen und Ovationen weniger Loubet und der Regierung, als vielmehr der Republik galten und eine Gegendemonstration gegen die monarchistischen Ausschreitungen bedeuten sollten.

Zusammenstöße und Verhaftungen.

Auf dem Rennplatz selbst kamen nur einige persönliche Streitigkeiten vor. Drei Polizeibeamte, welche Gegenmanifestanten verhaften wollten, wurden verwundet. Von den vorgenommenen Verhaftungen sind acht aufrechterhalten worden. Nach den Rennen sang ein Teil der Menge auf dem Heimwege mit *Chœur* an der Spitze die „Carmagnole“. Am Pavillon Armenonville, einem Gasthaus für seine Leute im Boulogner Gehölz, vorbeikommend, wurde der Zug mit dem Zurufe: „Panama! nieder mit Loubet!“ empfangen. Hier hatten sich die Klubleute mit ihren aufgedorneten Begleiterinnen wie in einem Hinterhalt zusammengefunden und hinter den geschlossenen starken Eisengittern verschauelt. Im Vertrauen auf diese Gitter glaubten sie, die Republikaner gefahrlos herausfordern zu können. Aber der Pavillon war rasch erstürmt, alles darin kurz und klein geschlagen und der vornehme Pöbel überwältigt. Den Weibern geschah nichts, man begnügte sich damit, ihre kunstvollen Frühlingshüte etwas zu zernütern. Die Kaufbolbe mit Weißnelke und Monocle aber erhielten teilweise Prügel.

Die Polizeipräsidium giebt an, daß im Laufe des Tages etwa 30 Personen verhaftet und etwa 10 Polizisten verwundet wurden.

In den späteren Stunden war das Auftreten der Polizei stellenweise recht sonderbar. Es schien fast, als wollten manche Schutzleute sich für einen Zwang rächen, unter dem sie tagüber gestanden hatten; sie fielen über Leute, die „Hoch die Republik!“ „Hoch Jola!“ „Hoch Bicquart!“ riefen, mit Beserkewut her und verholzten sie wie in den schönsten Tagen der Esterhazy-Begeisterung. Es wurde gegen die Polizeibeamten eine Unternehmung eingeleitet.

Die Ministerkrise.

Interpellation der Sozialisten wegen der von der Polizei verübten Gewaltthätigkeiten.

In der Deputiertenkammer sind Saal und Tribünen gefüllt. Baillant (Sozialist) bringt eine Interpellation ein wegen der von der Polizei begangenen Gewaltthätigkeiten bei dem Tumult im Pavillon d'Armenonville. Redner führte Klage gegen die Polizei, welche eine Gruppe, der er auch angehört habe, vor dem Gebäude des Blattes *Petite République* angegriffen habe. Baillant fragt, welche Anweisungen die Regierung der Polizei gegeben hinsichtlich ihres Verhaltens den Sozialisten gegenüber, welche die Republik gegen die Reaktion verteidigt hätten. (Beifall auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Dupuy erkennt an, daß der gestrige Tag ein republikanischer Festtag gewesen; aber ein Festtag für alle Republikaner, nicht für eine bestimmte Gruppe derselben. (Beifall.) Es hätten sich Zwischenfälle ereignen können. Die einzige Anweisung jedoch, die der Polizei erteilt worden, sei die gewesen, der Ordnung Achtung zu verschaffen. Der Tumult im Pavillon d'Armenonville wäre zwischen Gästen und Bedienten des Cafés angebrochen. Es seien bei demselben drei Polizei-Agenten verwundet worden. Er, Dupuy, habe, weil in der Rue Montmartre Gläser und Utensilien einer Buchdruckerei auf die Polizei-Agenten geworfen wurden, angeordnet, festzustellen, wen die Schuld treffe. Schon jetzt aber spreche er der Polizei seine Anerkennung aus. Wenn man nicht Achtung vor der Ordnung herstelle, sei jede Regierung unmöglich. (Beifall im Centrum; Widerspruch auf der äußersten Linken.) Clovis Hugues beklagt sich über das gestrige brutale Vorgehen der Polizei gegen eine Gruppe von Sozialisten, in deren Mitte er sich befand. Mehrere andere sozialistische Deputierte sprechen in demselben Sinne. Das Centrum verlangt sodann den Schluß der Debatte, welcher von der Kammer genehmigt wird. Es werden hierauf drei Tagesordnungen eingebracht, darunter eine von Saumande, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Mehrere Deputierte beantragen die Annahme der einfachen Tagesordnung. Ministerpräsident Dupuy lehnt diese aber ab und erklärt sich mit der von Saumande eingebrachten Tagesordnung einverstanden. Unter großer Erregung des Hauses wird dann zur Abstimmung geschritten und die einfache Tagesordnung mit 336 gegen 219 Stimmen abgelehnt. Die Kammer spricht sich ebenso mit 376 gegen 109 Stimmen dagegen aus, der Tagesordnung Baillant den Vorrang zu geben, in welcher die Pariser Bevölkerung für ihre gestrige Manifestation beglückwünscht und die Haltung der Polizei getadelt wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird sodann über eine Tagesordnung des radikalen Abgeordneten Nau zur Abstimmung geschrieben, nachdem Ministerpräsident Dupuy erklärt hatte, daß die Regierung diese Tagesordnung ablehne. Dieselbe lautet folgendermaßen: „Die Kammer,

entschlossen, nur eine Regierung zu unterstützen, welche gesonnen ist, mit Entschiedenheit die republikanischen Einrichtungen zu verteidigen und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, geht zur Tagesordnung über.“ Die Kammer nimmt die Tagesordnung Nau mit 321 gegen 173 Stimmen an, worauf die Minister sofort den Sitzungssaal verlassen, um sich nach dem Elysee zu begeben.

Die Demission eingereicht.

Die Unterredung, welche die Minister im Elysee mit dem Präsidenten Loubet hatten, um ihre Entlassung zu geben, dauerte nur fünf Minuten. In den Wandelgängen der Deputiertenkammer herrschte große Erregung über die Abstimmung, weil zu Beginn der Sitzung niemand gedacht hatte, daß das Ministerium fallen könnte. Die Sozialisten äußern große Befriedigung.

Die Demission angenommen.

Eine Note der Agence Havas besagt: Der Präsident der Republik nahm die Demission des Gesamtministeriums an und ersuchte die Minister, die Geschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger weiterzuführen.

Präsident Loubet wird erst morgen früh den Präsidenten der Kammer und den Präsidenten des Senats zu sich befragen, um sie über die politische Lage zu befragen.

Nachrichten aus Magdeburg.

Schweinsburg hat nunmehr auch dem amtlichen Organ der Stadt Magdeburg eine Kritik der Zuchthausvorlage zuzulassen. Sie beschäftigt sich vorerst mit den Streitposten. Schweinsburg hat sich die Kritik sehr leicht gemacht; er drückt der „Deutschschritt“ einseitig folgenden Satz nach: Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß in dem Streitpostenstreifen häufig der erste Anstoß zu nachfolgenden großen Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten gegeben ist. Zahlreiche Fälle brutaler Vergewaltigung sind gerade streitenden Wächtposten zur Last zu legen. Darnach darf so berichtet und Schweinsburg, die Strafbarmachung des Streitpostenstreifens als eine der wichtigsten und wertvollsten Bestimmungen des in Rede stehenden Gesetz-Entwurfes betrachtet werden. In den weitesten Kreisen der erwerbsthätigen Bevölkerung Deutschlands soll dieselbe auch mit unerschütterlichem Jubel begrüßt sein. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sollen die bei Ausschreitungen geübte Ueberwachung durch sozialdemokratische Streitposten schon längst als unerträglichen Druck empfunden haben und werden freudig aufatmen, wenn sie sich von diesem Druck endlich befreit sehen. Wenn nur dieser „unverschönlere“ Jubel nicht mit einem ernüchternden Regenjammer endet.

Die 14. öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 15. Juni 1899, hat u. a. folgende Tagesordnung zu erledigen: Verpachtung städtischer Keder. Ausbesserung und Instandhaltung des Fortifikationsweges auf dem Rothenhorn. Errichtung zweier neuer Turnabteilungen. Einrichtung einer physikalisch-chemischen Klasse in dem Wilhelmstädter Bürgererschulgebäude. Einrichtung der Abortanlage der katholischen Schule Feldstraße 5 für Wasserfüllung. Erweiterung der Beleuchtungsanlage in dem Schulgebäude Brandenburgerstraße 8. Wahl von drei Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung als Vertreter auf dem Provinzial-Städtetage in Mühlhausen i. Th. Bericht über den XIV. Deutschen Kongress für erziehl. Knaben-Handarbeit zu Dresden. Antrag der Herren Stadtverordneten Gärtner und Genossen betreffend Einteilung der Stadtverordneten-Wahlbezirke in Unterwahlbezirke und Ausführung der Stadtverordnetenwahlbezirke abteilungsweise an einem Tage. Verpachtung des Sandlagerplatzes am linken Ufer der alten Elbe oberhalb der Langenbrücke. Verpachtung der Fischerei in den beim Herrentzug und im Blumenhalswälder gelegenen Wasserläden. Ergänzung und Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsgartens. Gewährung einer Beihilfe an den Allgemeinen Deutschen Schulverein. Gewährung einer Beihilfe an den Vorstand der Kinder-Volksküche und des Kinderorts. Stiftung eines Wander-Ehrenpreises für Herren-Radschüler. Stiftung von Preisen für die Jubiläums-Ausstellung des Centralverbandes deutscher Bäder-Genossen „Germania“. Zuwendungen an die Magdeburger Vereine zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Verpachtung der Schiffsverft am Winterhafen. Verpachtung des Alten Radhofes. Erweiterungs- und Neubauten für die Krankenanstalt Sudenburg. Ortsstatut für die Entwässerung der Grundstücke in die städtischen Kanäle.

Der Landrat Herr von Hasselbach, Vertreter des Wahlkreises Neuhaldensleben-Volmirstedt, hat in einer Wahlmännerversammlung erklärt, daß die Vorteile des Kanals die Nachteile ganz bedeutend überwiegen. Für die Kanalvorlage sprachen in der Versammlung u. a. v. Nathusius-Hundsbirg, dagegen sprachen ein Pastor Laaßen, Graf v. d. Schulenburg, sowie ein Herr Wahnschaffe. Die Mehrzahl der Anwesenden eruchte darauf die Abgeordneten, gegen die Kanalvorlage zu stimmen. — Was werden die Herren v. Hasselbach und sein Spezialkollege Abg. Böcker nun thun? —

Zur Verhaftung des Schiffbauweilers Weile ist der hiesigen Presse folgendes mitgeteilt worden: Die Auslieferung des in Zürich verhafteten Schiffbauweilers Weile und seiner Begleitenden an die hiesige Gerichtsbehörde dürfte in den nächsten Tagen, spätestens Ende dieser Woche erfolgen. Weile hat sich, wie es heißt, verschiedener betrügerischer Handlungen, indem er u. a. Werksachen mehrmals verpfändete, sein Haus zweimal veräußert, schuldig gemacht hat. Bei ihm wurden noch etwa 5000 Mark (rund 10 000 Mark) er mitgenommen haben (darunter die Löhne der Arbeiter. D. R.) vorgefunden. Die Kenntnis von Weiles Aufenthalt in Zürich erhielt die hiesige Staatsanwaltschaft dadurch, daß Weile von dort aus die Ausfertigung eines Passes zur Reise nach Amerika beantragte.

Verstorben ist der Konditorgehilfe L. in der Altstädtischen Krankenanstalt, der vor einigen Tagen beim Baden sein Gehir verlor und in die Lufttröhre geraten war.

Merkei Unfälle. Der Köllnische Wilhelm S. hat sich einen Holzplanker in die rechte Hand gestoßen, wodurch eine Sehne durchschnitten und erfolgt ist. — Der Dachdecker Karl D., der auswärts arbeitete, ist vom Dach gefallen und hat dabei einen Rippenbruch erlitten. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der altstädtischen Krankenanstalt. — Der Schlosser Friedrich D. aus Buskau ist auf dem Budauer Bahnhof von einer Maschine abgeglitten und hat dabei eine erhebliche Kopfverletzung erlitten. D. fand Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt.

Nachrichten aus der Provinz.

Stendal. (Zum Tode verurteilt.) In dem Prozeß wegen Ermordung des Arbeiters Witt bei Hindenburg in der Altmark wurde der Hauptangeklagte Arbeiter Gregorzewski wegen Mordes zum Tode und wegen Raubes und einfachen Diebstahls im Misdelle zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt; Frau Gregorzewski erhielt wegen schwerer Fehler drei Jahre Zuchthaus.

Belz. (Aus dem Fenster gestürzt.) Am Johannestisch Nr. 5 stürzte der 1 1/2-jährige Knabe des Geschäftsführers Kröber aus einem Fenster des zweiten Stockwerks auf die Straße und zerquetschte sich den Schädel. Der Knabe war sofort tot.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Öffentliche Schmiebeversammlung heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Drei Kaffeebünd“, Gr. Stadth. 7.

Kommission zur Verschmelzung der hiesigen Ortskrankenkassen, Mittwoch, den 14. Juni, abends 9 Uhr, Sitzung in der „Burg-halle“, Tischlerkrugstraße.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion bringt zur dritten Lesung der Invalidenversicherungs-Novelle nochmals mehrere Entwürfe ein und wird noch in letzter Stunde einige Verbesserungen in die Vorlage zu bringen versuchen.

Darumstadt. Die Zahl der in den Ausstand eingetretenen Maurer beträgt, soweit sich bis jetzt ein Ueberblick gewinnen ließ, mehr als 500.

Briefkasten.

R. M. Die Red. d. Bormärts wird hierüber Auskunft geben können, da der Verein der Masseur sich in Berlin konstituiert hat. — M. B., Neuhaldensleben. Ueberlegung vorgenommen; S. kommt bestimmt. — M. T., Cneblsburg. Montag acceptiert. Siehe Ankladigung. — Arnold, Calbe a. S. Mit der Abschaffung der Pfänderblätter können wir uns nicht befassen. — Männer-Gesangverein Wilhelmstadt. Der Vorliegende wird um Angabe des Liebungsabends gebeten, da die Postkarte verloren gegangen.

Protest gegen die Zuchthausvorlage.

Gommern (Schluppenhaus): Dienstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Schönebeck (Lohnhalle): Sonnabend, den 17. Juni 1899, abends 8 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Neuhaldensleben (Herzogs Gesellschaftshaus): Sonntag, den 18. Juni, abends 6 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Cueblsburg (Restaurant Bormärts): Montag, den 19. Juni, abends 8 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Calbe a. S. (Reichskapelle): Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Nieder mit der Zuchthausvorlage! Hoch das Koalitionsrecht!

Die am Montag abend im Luisenpark stattgefundene Protest-Versammlung gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung der Magdeburger Arbeiterchaft gegen die Zuchthausvorlage. In großen Massen war die arbeitende Bevölkerung, Männer und Frauen, nach des Tages Last und Qual herbeigeeilt, um in demonstrativer Weise ihr Veto einzulegen gegen die geplante Entrechtung, die der deutschen Arbeiterchaft durch eine Ausnahmegesetzgebung zu teil werden soll. Der große Saal des Luisenpark war von einer Kopf gedrängten Menschenmenge dicht gefüllt, die mit Interesse den 2 1/2 stündigen Ausführungen unseres Vertreters im Reichstage, des Genossen Pfanntsch, lauschte, der in seinem Vortrage zunächst einen Ueberblick über die allgemeine politische Lage gab und dann die Zuchthausvorlage, ihre Begründung und die bekannte Denkschrift Satz für Satz einer vernichtenden Kritik unterzog. Der ungeheure Beifall, der den Ausführungen des Referenten folgte, bewies, daß derselbe den Zuhörern aus der Seele gesprochen hatte. Genosse Nitsch, als Vorsitzender der Versammlung ernannt, sich des Enthus der gegenwärtigen politischen Lage bewußt zu werden und auf die Provokation, die den Arbeitern durch die Zuchthausvorlage zu teil geworden sei, mit einem Massen-eintritt in die Organisation und Abonnement auf die Arbeiterpresse zu antworten. Mit einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wird die Versammlung geschlossen. — Während des Vortrages trafen immer neue Scharen protestierender Arbeiter ein, die, weil der Saal vollständig gefüllt war, in den Nebenräumen und im Garten Platz nehmen mußten. Ueber 3000 Personen dürften im Luisenpark zu einem wirklichen Protest gegen die Zuchthausvorlage anwesend gewesen sein.

Die Protestversammlung gegen die Zuchthausvorlage am Montag abend in Otterleben war von 270 Personen besucht. Nach einem 1 1/2 stündigen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage des Abg. Albert Schmidt nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die Volksversammlung sieht in der Vorlage „Gesetz zum Schutz des gemeinlichen Arbeitsverhältnisses“ den Versuch, die letzten Reste des Koalitionsrechts, welche die in den letzten Jahren auf diesem Gebiete so sündige und eifrige Justiz übrig gelassen hat, zu beseitigen. Sie erkennt in der Vorlage ferner das Bestreben, zuverleitet Recht für die verschiedenen Bevölkerungsklassen auch formell zu schaffen und offenkundig mit dem verfassungsmäßigen Grundgesetz der Rechtsgleichheit zu brechen. Weiter findet die Versammlung in der Vorlage die Proklamierung der nackten Unterdrückungs- und Gewaltpolitik gegenüber den Arbeitern. Aus allen diesen Gründen protestiert die Versammlung gegen eine Gesetzesvorlage, welche die Beschäftigung der Arbeiter zur Hebung ihrer Lage und Verteidigung ihrer Interessen unter entehrende Strafe stellt. Die Versammlung verlangt vom Reichstage, daß er durch sofortige und unbedingte Ablehnung der Zuchthausvorlage den Unterdrückern der Schamacher ein Ende macht. Sie fordert daher die Volksvertretung auf, statt für eine Einigung, mit aller Kraft für eine Erweiterung des Koalitionsrechts einzutreten, als der unerlässlichen Vorbedingung für die zwingenden Kulturfortschritte.“ Nach Annahme dieser Resolution und einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit seinem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen. In der Versammlung waren Frauen und Männer aus Lemsdorf, Klein- und Groß-Dietz, Leben und Bennedenbeck zugegen.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Ankaufsbureau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts. Fernsprech-Anschluß 1409. Geöffnet: Mittwochs 9—1 Uhr, nachmittags 3 1/2—7 1/2 Uhr. Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts. sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts-, und Krankenversicherung, Privatpachten, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstreben-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

Stellmacher, Schuhmacher, Schneider, Schmiede, Tischler, Bäcker, Barbier, Steinmetz als erster, welcher in Schriftanfertigung und Druckarbeiten bewandert ist, sichere Provisio, und ein Steinmetz auf alle Arbeit.

Burg. Burg.

Bejohl- und Reparatur-Werkstatt

von 1740
R. Winkler
Kirchhofstr. 17.

Herren-Sohlen mit Absatz . . . 1.90 Mk
Damen- 1.40
Wochen- 1.10
Kinder- 0.70—1.00
Bederpantoffel 1.80

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5. Geöffnet: Männl. Abteilung von 7—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm. Weibl. 9—1 5—7 Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Gesucht werden:

Männliche Abteilung:
5 Maler, 4 Anstreicher, 2 Schuhmacher, 1 Schraubendreher, 1 Kutcher, 2 Stellmacherlehrlinge, 1 Tischlerlehrling.
Weibliche Abteilung:
11 Köchinnen, 9 Hausmädchen, 61 Mädchen für Alles, 5 Kindermädchen, 5 Küchenmädchen, 8 Zimmermädchen für Hotels, 1 Kindergärtnerin
1. Klasse, 2 Mädchen für Buchbinderei.

Wegen Hausverkaufs und Geschäfts-Auflösung

Verkauf der außergewöhnlich großen Lagerbestände sowie der zur Komplettierung abgeschlossenen Waren der Firma

Sudenburg
Breite Weg 106a

Carl Schröder

Sudenburg
Breite Weg 106a

zu eigenen stammenswert niedrigen Verkaufspreisen.

Die neuen Verkaufspreise sind zum Teil auf ein Drittel der bisherigen Preise herabgesetzt.

Der Verkauf geschieht nur gegen bar ohne jeden Abzug.

Cheviot, reine Wolle, jeht Meter 52 Pfg.
Damentuch, alle Farben, jeht Meter 37 Pfg.
Belontine für Hauskleider, jeht Meter 31 Pfg.

1 Posten Bettzeuge pr. Meter 25 Pfg. an.
1 Posten Schürzenzeug jeht 28 Pfg.
1 Posten Buchskin-Reste für den halben Preis.

Handtücher, Gerstenkorn, jeht Stück 10 Pfg.
Handtücher, Dreß 50/110, jeht Stück 24 Pfg.
Taschentücher Stück 3, 5, 12 Pfg.

Ein Posten Jacken, Normal-Hemden und Hosen sehr billig.

Hüte, Mützen, Wäsche, Schlipse, enorme Auswahl, extra billig.

Eine Partie Knaben-Anzüge für die Hälfte, desgl. Herren-Lustre-Jackets, Joppen und Arbeitshosen.

A. L. MOHR'sche neue Margarine
„MOHRA“
spritzt nicht beim Braten, wie andere Margarine
bräunt genau beim Braten, wie feinste Naturbutter
schäumt genau beim Braten, wie feinste Naturbutter
dunstet genau beim Braten, wie feinste Naturbutter
ist genau so ausgiebig beim Braten, wie feinste Naturbutter
ist genau so feinschmeckend, wie feinste Naturbutter
und daher auch als voller Ersatz für feinste Butter auf Brot zu essen.
Beim Einkauf von „MOHRA“ achte man gefl. darauf, dass der Name „MOHRA“
an jedem Gebinde sichtbar ist.

Friedrichsbad.
Bäder jeder Art.
Sonntags 7 1/2 Uhr:
Schwimmbad mit Brausen
10 Pfg.

Überzeugen Sie sich, dass meine
Deutschland-Fahrräder
a. Zubehörteile
die besten und dabei
die allerbilligsten sind.
Wiederverkäufer gesucht.
Haupt-Katalog gratis & franco.
August Stukenbrok, Einbeck
Deutschlands größtes
Special-Fahrrad-Versand-Haus.

Zeitungs-
Mafulatur
ist billig abzugeben in der
Expedition d. Glattes.

Hohefortepark
(Gleiseite). 492
Dienstag, den 13. Juni abends:
Eröffnung des
**Riesen-Dampf-
Jockey-Karussells.**
Hochelegante Ausstattung!
Elektrische Beleuchtung!
Mechanisch bewegliche Pferde.
Lebenswürdigkeit 1. Ranges!
Zum ersten Male hier.
Hohefortepark
(Gleiseite).

Vollständiger
Ausverkauf
wegen 1739
Aufgabe
meines großen
**Betten- und
Bettfedern-Lagers**
Um schnell zu räumen, ver-
kaufe ich zu jedem nur
annehmbaren Preise.
Auch Wiederverkäufer sehr zu
empfehlen.
Julius Rosenberg
Katharinenstr. 8, hochpt.

Keine
Medizin! **Buckau.** Keine
Wasserkur!
Sicherste Hilfe in allen Krankheits-
fällen sind die durchaus schmerzlosen
Alimonda-Kuren.
Nur bei Fr. Glatzel, 465
Biederburgstraße 6 II.
Natur-Heil-Anstalt
1a Schrotdorferstr. 1a
Dirig. Arzt: Dr. med. Dietrich.
Sprechst. tägl. 3-4 Uhr.
1635 **Gustav Jacobs.**

Dr. Thompson's
SEIFENFLÜSSIGKEIT
gibt bläulich weißes
Wäsche.
Unschmerzliches
Wasch- und
Bleichmittel.
Wird auch mit Nansen
Dr. Thompson
a. Schutzmarke SCHWARZ.
Vorsteht
vor Nachahmungen!
Überall käuflich.
Alleiniger Fabrikant:
Ernst Sieglitz, Düsseldorf.

Prachtv. Bettstelle, ebenfalls Matraße
zu verkaufen Wallstraße 13, 1 Tr., r. 491
Kinderwagen, hochleg. u. spottbill.
Wallstraße 13, 1 Tr.
* Fahrrad, neu, billig zu verkaufen
Weidenstraße 8, part. r., bei Ebert.

Kaufe 1698
 **junge Kanarienvogel-
Weibchen**
fortwährend.
Sähe: Preis n. Gesangsleistung
J. Tischler, Annastraße 25.

* Anständiges Logis **Fahlocherberg**
Nr. 20, S., 2 Tr. Ww. Schmidt.
* Freundliches Logis für e. jung. Mann.
Zu erfragen Spiegelstraße 5, im Laden.
Zedl. Logis, jed. G., Br. Weg 267 I r.
Zedl. Logis Grünstraße 14a, 2 Tr.

**Küchenzettel des Lehrerinnen- und
Damenheims,**
Breitweg 82, 1 Tr.
Mittwoch: Brühsuppe mit Graupen, Kar-
toffelbrot und Wadofel.
Donnerstag: Vierkaltfleisch, Kaffeeerdrossen-
suppe, Eingelegtes, Salzkaroffeln.
Freitag: Spargelsuppe, Goulasch, Salz-
kartoffeln.
Sonntag: Brühsuppe mit Reis, Rind-
fleisch, Mosterzauce, Salzkaroffeln.

**Küchenzettel der Magdeburger
Volkstüchen**
Sauptwache 5 und Schmidtstr. 61.
Mittwoch: Birnfisch mit Rindfleisch.
Donnerstag: Cuviersuppe mit Rindfleisch.
Freitag: Braunkohl und Salzkaroffeln.
Sonntag: Grausuppe mit Hammel-
fleisch.

Große und Kinder-Volkstüchenmarken
und für Vereine und Herrschaften zur
zeitlichen Unterhaltung für Reisende von
12-2 Uhr in den Volkstüchen: Haupt-
wache 5 Kathar. Schmidstraße 61
zu haben.

Nichtigstellung.
Zufolge eines Schreibfehlers in der Ter-
min behufs Vornahme der Wahl von
5 Vertretern auf Dienstag, den 6. d. M.,
abgesetzt. An Stelle dessen muß es heißen
Dienstag, den 20. d. M.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Fabrik-
arbeiter und der in den Fabriken
angestellten Personen zu Magdeburg-
Neuhabr.

Donnerstag abend Geburtstags-
feier bei Schall, Fabrikstraße.

Am Sonntag, den 11. d. Mts.,
berichtet mein lieber Mann und unser
guter Vater, der Kammer
Fritz Irrgang
im 50. Lebensjahre. 455
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 14. d. Mts., nachmittags
4 1/2 Uhr vom Rathshaus Kirchhof
aus statt.

Gegen Abgabe
dieses Bons
zahlt man
heute
10 Pfg. erst 5 Pfg.
auf
nichtreferiert.
Blas,
Referierten Platz
25 P. mehr.

Walhalla-Theater.
Jeden Abend:
**Große Künstler-
Spezialitäten-Vorstellung.**

Viktoria-Theater.
Mittwoch, den 14. Juni 1899:
Zweites Gastspiel des Kgl. Preuß. Hof-
schauspielers Herrn **Walbert Mattowitsch**
vom Kgl. Hoftheater in Berlin.
Die bezähmte Widerspenstige.
Aufspiel in 4 Akten von W. Shakespeare.
Peruchio, ein Edelmann aus Berlin —
Herr Walbert Mattowitsch

**Cirkus-
Sommer-Theater.**
Heute Mittwoch 8 Uhr:
Extra-
Familien-Vorstellung
Das großartige Programm!
Ohne Konkurrenz!
Trotz des billigen Entrees
können Eltern 1 Kind
(bis 12 Jahre)
frei einführen
Nur noch einige Male!
Zimmer No. 13

**Max
Walden!**

Der Männer-Turn-Verein
zu Lemsdorf
hält am Sonntag, den 18., und Montag, den 19. Juni, sein
Stiftungsfest
Lemsdorf in
Schauturnen, Konzert und Ball
im Gasthof zum Deutschen Kaiser ab.
Der Vorstand.

Ständigen Mittagstisch zu 30 Pfg.
in der Schank- und Speisewirtschaft
Katharinenstraße 21. 459

1 Herren-Fahrrad
neu, hochelegante beste Marke, unter
Garantie für nur 145 Mk.
Katharinenstr. 8, hochpt.

Vorziger dieses Interests er-
hält 2 Prozent Rabatt, trotz
der außerst billigen Preise.
Breitweg 89/90
kauft man zu den denkbar
billigsten Preisen:
Ausbaum und Birken
eicht, halbechte und isirierie

Möbel
ebenso unter Garantie recht
dauerhaft u. elegant gearbeitet
Polsterwaren
bei 535
Georg Mook
Breitweg 89/90.

Täglich Eingang aus Neuheiten in
Anzug- u. Hosenstoffen
1722 **Oscar Bruch, Kaiserstr. 12.**

**Der Männer-Turn-Verein
zu Lemsdorf**
hält am Sonntag, den 18., und Montag, den 19. Juni, sein
Stiftungsfest
Lemsdorf in
Schauturnen, Konzert und Ball
im Gasthof zum Deutschen Kaiser ab.
Der Vorstand.

Die Ausplünderung durch das Zucker-Kartell.

In den letzten Monaten haben wir unsere Leser wiederholt über die Bestrebungen unterrichtet, die zur Gründung eines Zuckerkartells führen sollten. Der Plan ist so gut wie geglückt. Es sind wenigstens zwischen den einzelnen Syndikaten Kartellverträge abgeschlossen worden, die dem förmlichen Kartell sehr nahe kommen. Gleichwohl giebt es in den Reihen der Industriellen noch recht viele Skeptiker, die halb gezwungen mitgegangen und von dem Nutzen des Kartells für ihre Börse noch nicht völlig überzeugt sind. Um nun diese zu willigen und begeisterten Anhängern des Schröpfungsplanes zu machen, hat der Geschäftsführer des Rohzucker-Syndikats, ein Dr. Hager, im Auftrage der Syndikate eine Broschüre zusammengestellt, die mit Ziffern belegt, in welchem Maße das Zuckerkartell den Inlandskonsum verteuern will.

Die Befürchtung halbwegs einsichtiger Fabrikanten bezieht vor allem in der Erwägung, daß durch eine Verteuern des Zuckers der Konsum eingeschränkt werde. Das ist unzweifelhaft richtig, aber Hager beruhigt die Industriellen mit der tröstlichen Botschaft, daß die Verteuern eine Höhe erreiche, die das Manko der Konsumeinschränkung mehr als ausgleiche. Nach den Angaben der Broschüre, die als authentisch gelten dürfte, beabsichtigen die kartellierten Syndikate, das Pfund Zucker um drei Pfennige zu verteuern, das ergibt für das deutsche Reich eine Verteuern um mehr als 37 Millionen Mark. Den Rohzuckerfabriken giebt Hager unter Zugrundelegung der Campagne-Ertragnisse von 1897/98 allein einen Mehrerlös von 36 935 953 Mark. Zu dieser Summe käme dann noch (Seite 21 ff. der Broschüre) der Kartellnutzen der Raffinerien mit 50 Pf. per Centner, insgesamt 6 635 000 Mark. Insgesamt soll also das Kartell den deutschen Zuckerkonsumenten die Kleinigkeit von 45 Millionen Mark mehr auferlegen.

Dabei muß man sich vergegenwärtigen, bemerkt die Freisinnige Zeitung, der die Broschüre Hagers vorliegt, daß die Zuckerindustrie nach dem Zuckersteuergesetz von 1896 auf 32 Millionen Mark berechnet sind. Die danach gewährte Ausfuhrprämie von 1,25 bis 1,50 Mark pro Centner steigert von vornherein den Inlandspreis, weil ohne eine solche Preissteigerung man vorziehen würde, durch Zuckerausfuhr die Ausfuhrprämie sich zu sichern. Somit folgt aus dieser Ausfuhrprämie für den Inlandspreis schon ohne das Kartell bei einem Inlandskonsum von 13 1/2 Millionen Centner eine Verteuern von 18 Millionen Mark. Die Mittel für die Ausfuhrprämien von 32 Millionen Mark müssen durch die Zuckerbranchenabgabe mit aufgebracht werden. Dieselbe beträgt im ganzen einschließlich jener 32 Millionen Mark 130 Millionen Mark jährlich. Somit sind die inländischen Steuerzahler und Zuckerkonsumenten belastet zu Gunsten der Reichskasse mit 130 minus 32 Millionen gleich 98 Millionen Mark, zu Gunsten der Zuckerindustrie mit 32 Millionen Mark Ausfuhrprämie und 18 Millionen Mark Steigerung der Inlandspreise infolge der Ausfuhrprämien, insgesamt 50 Millionen Mark.

Kommt nun dazu noch 45 Millionen Mark Preissteigerung durch das Kartell, so ermöglicht die gegenwärtige Zuckersteuergesetzgebung eine Belastung des inländischen Zuckerkonsums bezw. der Steuerzahler zu Gunsten der Zuckerindustrie um 95 Millionen Mark neben den 98 Millionen Mark, welche aus der Steuerbelastung der Reichskasse zustießen. Im ganzen erfährt also der inländische Zuckerkonsum auf diese Weise eine Belastung von 193 Millionen Mark, was auf das

einzelne Pfund Zucker eine Belastung von 14 1/2 Pfennig ausmacht. Ohne diese Gesetzgebung würde also der Zucker für die Hälfte des gegenwärtigen Preises zu haben sein.

Die Belastung des Zuckerkonsums durch das Kartell um 45 Millionen ist nur möglich infolge der Gesetzgebung, welche durch hohe Zölle die ausländische Konkurrenz absperrt und außerdem neue inländische Konkurrenz erschwert durch die Art, wie das sogenannte Zuckerkontingent eingerichtet ist.

Wenn aber gerecht die Belastung des inländischen Zuckerkonsums zu Gunsten der Zuckerindustrie tatsächlich zum Vorteil? Das Ausland wird dadurch in den Stand gesetzt, um so billiger deutschen Zucker zu essen. Die Ausfuhrprämie von 32 Millionen Mark trägt dazu bei, und ebenso soll es der Kartellnutzen ermöglichen, noch außerdem — auch abgesehen von der Ausfuhrprämie des Reiches — die Zuckerpreise für das Ausland billiger zu stellen.

Aber noch mehr! Auf Seite 17 der Hagerschen Broschüre heißt es:

„Eine Erhöhung des Preises kann vorgenommen werden, wenn sich die Notwendigkeit herausstellen sollte zur Entlastung des Inlandsmarktes und, um die Kartellpreise wirksamer aufrecht erhalten zu können, dem Raffinadenezport eine Prämie zu gewähren. Zur Einführung einer solchen Maßnahme ist aber nicht Beirat, sondern die Generalversammlung des Raffinerieyndikats zuständig.“

Darnach behält sich also der Kartellverband vor, den Zuckerpreis auch noch über 29,25 Mark für den Centner, den für gewöhnlich festgesetzten Preis, zu steigern, um zu der Ausfuhrprämie des Reiches aus den Mitteln des Kartells noch eine Exportprämie zu gewähren, behufs Erleichterung des Verkaufs, also Verwohlfeilerung des Konsums von deutschem Zucker im Auslande.

Wie lange noch wird das deutsche Volk geduldig die immense Belastung eines notwendigen Nahrungsmittels im Interesse des Auslandes und einer beschränkten Zahl inländischer Industriellen sich gefallen lassen? —

Der Massenprotest der Arbeiter gegen die Zuchthausvorlage.

In Steglitz fand am Freitag abend in den „Kaiserhallen“ eine auch von Frauen stark besuchte Protestversammlung gegen die Zuchthausvorlage statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hoch in zweifelhafte Rede sein Thema: „Nieder mit der Zuchthausvorlage“ in trefflicher Weise behandelte und am Schluß brauenden Beifall erntete. Eine die Zuchthausvorlage scharf verurteilende Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß Genosse Rapp die großartig verlaufene Versammlung.

Die Arbeiter Spandau traten am Freitag zu einer Protestversammlung zusammen, die stark besucht war und in der Genosse Zubeil referierte. Seine treffliche Kritik des Entwurfs erweckte brauenden Beifall der Versammlung. Die Berliner Resolution wurde von den 500 Anwesenden einstimmig angenommen.

Dinteladers Saalbau in Stuttgart war am Donnerstag überfüllt von protestierenden Arbeitern. Es sprachen Genosse Klotz und Genossin Jettin. Unter großer Begeisterung wurde eine Resolution gegen die Zuchthausvorlage angenommen.

Aus dem Saalfreie wird gemeldet: Gegen die Zuchthausvorlage sprachen am Donnerstag in zwei stark besuchten Protestversammlungen in Halle a. S. und Giebichenstein der Landtagsabgeordnete Goldstein-Zwidan und der Reichstagsabgeordnete Kunert. Für die nächsten Tage sind derartige Versammlungen in den Drischke'schen Mittelbau, Kröllwitz, Trotha und Böllberg in Aussicht genommen. In der Versammlung in Halle sprachen sich auch die Herren Pfarrer v. Bröcher und Land. med. Liebermann ganz entschieden gegen die Vorlage aus. Es sei schwer zu bebauern, daß die Regierung so unglücklich unklug vorgehe. Die Vorlage müsse schon aus rein christlichen Erwägungen abgelehnt werden. Es liege nicht die geringste Veranlassung vor, streikende Arbeiter in solcher Weise, wie es

die Vorlage wünscht, zu bedrohen. In den stattgehabten Versammlungen wurden einstimmig Protestresolutionen angenommen.

Die Arbeiter Harburg protestierten am Mittwoch in zwei Versammlungen, die von mindestens 1700 Personen besucht waren. Die Referenten fanden begeisterte Zustimmung. Protestresolutionen wurden angenommen.

Auch die National-Sozialen nahmen Stellung gegen die Vorlage. Redakteur Damaschke aus Berlin sprach am Mittwoch im national-sozialen Verein in Hamburg. Er schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Aus vielerlei Gründen müssen wir uns gegen die Zuchthausvorlage wenden. Wer sein Vaterland lieb hat, wer Gefühl hat für Freiheit und Recht, der trete mit allen Kräften seines Ichs dafür ein, daß diese Bestimmungen nicht Gesetz werden. Die öffentliche Meinung muß jetzt einsetzen, wie seiner Zeit beim Zedlitzschen Volkschul-Gesetzentwurf: „Fort mit diesem unseligen Gesetzentwurf!“ Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 7. Juni bei Lütje tagende öffentliche Versammlung des National-Sozialen Wahlvereins fordert den Reichstag auf, in eine Beratung des ebenso unnötigen als gefährlichen Gesetzentwurfes über den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses nicht einzutreten, sondern denselben von vornherein abzulehnen.“

Die Berliner Gewerksvereine nahmen in einer Protestversammlung folgende Resolution an: Die Gewerksvereinsversammlung zu Berlin am 7. Juni erklärt: Der Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses vom 26. Mai d. J., auf höchst einseitiger und irrtümlicher Information begründet, würde, falls erlassen, das seit 30 Jahren bestehende, auf Arbeitsfreiheit und Gleichberechtigung beruhende Arbeitsverhältnis nicht schützen, sondern zu Gunsten der Willkürherrschaft der Arbeitgeber vernichten durch die inhaltliche Aufhebung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die Deutschen Gewerksvereine (Stich-Dunder) als treue Anhänger einer gesetzlichen und friedlichen Arbeiterreform protestieren daher gegen den Gesetzentwurf im ganzen als eine verwerfliche, die gesamte deutsche Arbeiterkraft tief erbitternde Maßnahme und erwarten vom hohen Reichstag vollständige Ablehnung. Das Koalitionsrecht muß nicht erschwert, sondern gefördert und in gedeihliche Bahnen gelenkt werden, vor allem durch die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und durch die Fortentwicklung der Einigungsämter.

Auch der Berliner Frauenverein nahm in einer Versammlung Stellung zu der Vorlage. Es wurde folgende Resolution angenommen: Der Berliner Frauenverein erklärt, daß er in dem Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen keinen Schutz der über zwei Millionen Fabrikarbeiterinnen und der ungezählten Heimarbeitenden sehen kann, vielmehr erwächst den Frauen aus diesem Gesetze eine neue Schwierigkeit, sich eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Die für Frauen so ungünstigen Vereinsgesetze entziehen ihnen das einzige Mittel, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen selbstständig einzutreten, und der neue Gesetzentwurf giebt Handhaben genug, um jede Aufklärung durch Presse, Wort und That zu verhindern. Er bedeutet also eine rückwärtslose Auslieferung der wirtschaftlich Schwächsten. Der Berliner Frauenverein protestiert deshalb gegen ein Gesetz, welches die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau in wirtschaftliche Sklaverei verwandeln würde.

In Zwickau (Sachsen) sprach Herr Dr. Maurenbrecher (national-sozial) in einer von ca. 150 Personen besuchten Versammlung von Lehrern, Beamten, mittleren Bürgern und auch Arbeitern über die Vorlage. Er tritt für die Vorlage mit scharfen Worten. Werde diese Vorlage Gesetz, dann sei die völlige Vernichtung aller gewerblichen Organisationen unabweisbar, und damit würde eine heftige Kulturbewegung zu Boden gedrückt, die sich als Träger und Förderer nationalen Wohlstandes und Volkskraft erwiesen hat. Auch mit der der Vorlage beigegebenen Begründung ging Redner richtungslos ins Gericht und bezeichnete sie als die jämmerlichste, die es bisher gegeben. Und der Umstand, daß sich die Gesetzesbestimmungen lediglich gegen die Arbeiter richten, die Unternehmer aber völlig straflos lässe, dokumentiere dies Gesetz mit ungewisselhafter Deutlichkeit als Ausnahmengesetz schlimmster Art, und die Regierung habe durch die Einbringung desselben zu erkennen gegeben, daß sie eine Klassenregierung ist. Redner verlangt aber ein volkstümliches Regiment; deshalb müsse sich das deutsche Bürgertum, soweit es nicht der Interessengemeinschaft der Unternehmer angehört und politisch nicht ganz verjumpt ist, aufrufen zum energischen Protest gegen die Klassenregierung und Schuler an Schuler mit der deutschen Sozialdemokratie, mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ohne Rücksichtnahme auf die Parteilichkeit des einzelnen den Kampf aufnehmen gegen die Knebelung der Arbeiterklasse durch das Zuchthausgesetz. Die trefflichen Ausführungen fanden allseitig regen Beifall.

Das Hohelied der Arbeitswilligkeit.

Die Zuchthausvorlage will zwar den Anschein erwecken, als ob sie das Koalitionsrecht achte und als ob sie jeglichen Personenkreis (Unternehmer wie Arbeiter, Organisierte wie

Feuilleton.

Selene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(11. Fortsetzung.)

Wie verlegen ihn dieser Röder empfangen hatte, fast devot, und doch schon freudlich. Weshalb? Er hatte seiner Meinung nach keinen Grund dazu.

Er hatte die heikle Angelegenheit mit Glaceehandschuhen angefaßt und nachdem er seine Absicht kundgegeben, hatte er sich als vollendeter Gentleman verpflichtet, mehr versprochen, als ihm zu halten vielleicht möglich war. Die feinste Erziehung wollte er seiner Tochter angedeihen lassen, und sollte es jemals zu einem Bruch kommen, was keineswegs vorausgesetzt werden mußte, so wollte er die Zukunft des Mädchens in großmütiger Weise sicherstellen. Kann ein Vater in seiner Lage mehr für sein Kind verlangen? Er hatte auch erwartet, daß er ihm keine Schwierigkeiten bereiten und höchstens seinerzeit einige Bedingungen stellen würde. Aber — nein, nichts von alledem: „Das Rhinoceros!“

Morre rief es laut und stieß mit dem Fuße ein schwach brennendes Scheit tiefer in die Flamme, dann lachte er zornig in sich hinein:

Er will keine Aspasia aus seiner Tochter machen — der Ekel — als ob das, was ich ihr biete, heutzutage nicht die zünftigste und freieste Stellung für eine Frau wäre: jedenfalls ist es die unabhängigste und angenehmste... es giebt keine bessere... Er aber will sie lieber einem Proletarier geben... natürlich auf Lebenszeit... damit Hunger und Elend ihr für immer gesichert bleiben... eine schöne Eritenz! Als ich ihn fragte, ob ihm das gar so verlockend erscheine,

du sagte der Edele „ja“ und es sei ihm das lieber, als wenn sie als meine Waitresse aus goldenen Schüsseln speise. Was kann man mit einem so stupiden Menschen anfangen! Das ist nicht mehr die landläufige Tugend, das ist einfach eine Dummheit, für die ich das Mädel keinen Dank wissen wird... Schade um das hübsche kleine Ding, das diesem Spießbürgertum zum Opfer fällt.

Und Morre warf verdrießlich das linke Bein über das rechte und starrte wieder in die rötliche Flamme.

Er hatte sie nur einen Moment gesehen, als er, von dem Vater hinausbegleitet, durch die Wohnstube kam.

Sie stand am Fenster und sah hinaus.

Die Linien ihres Kopfes und Halses hoben sich in einer reizenden Silhouette vom Fenster ab, so hübsch und anmutig, wie bei einem Lanagra-Figürchen... Er hatte seinen Ueberzieher in Röders Stube zurückgelassen und dieser iprang, ihn zu holen.

Es war ihr nicht entgangen, sie that erschreckt eine Wendung, als wolle sie dem Vater nach. Da trat er ihr entgegen — seine Augen suchten die ihrigen... Was hatte er nicht alles in diesen einen Blick zu legen vermocht!... Höher hob sie den Kopf, groß und finster funkelten ihre Augen ihm entgegen — und er konnte sehen, wie sie sich langsam mit Thränen füllten.

Er wußte nicht mehr recht, wie er hinausgekommen war, aber er hörte, wie der Vater die Thür hinter ihm zuschlug.

„Der alte Ekel,“ stieß Morre nun wieder laut und zornig heraus, während er mit den Händen seinen blonden, schon gepflegten Vollbart durchwühlte.

Ein helles Lachen ließ ihn aufblicken und sich umwenden. Harumann sah nicht allzu entfernt an einem mit Büchern bedeckten Tisch. Er stand auf und ging auf Morre zu.

„Du arbeitest ja stark in Naturgeschichte; wer ist denn der alte Ekel, der Dir so viel zu schaffen macht?“

Morre zuckte die Achseln.

„Wer? Jrgend Einer. Jeder von uns hat so einen alten Ekel, über den er sich ärgern kann.“

„Zugegeben,“ lachte Hartmann und reichte ihm die Hand.

„Ich betrachte Dich schon die längste Zeit durch den Spiegel, aber Du sahst so borstig aus, daß ich Dich nicht zu stören wagte.“

„Nah,“ machte Morre, und streckte die Beine der Länge nach aus, „ich habe im Bakarat verloren, das verdirbt auch die beste Laune.“ Als er aber Hartmann, der sich an seine Seite gesetzt, näher ins Auge faßte, lächelte er.

„Wo hast Du denn gesteckt, mein Junge, ich habe Dich lange nicht gesehen?“

Das eben noch so fröhliche Gesicht des Jüngers nahm einen melancholischen Ausdruck an: „Es war eine tieftraurige Veranlassung, die mich — hast Du das Parte nicht erhalten?“

„In der That, Du bist in full mourning dress — Deine Tante ist also —“

„Sie ist tot,“ sagte Hartmann dumpf.

„Und Du erbst so etwas wie eine halbe Million — mein aufrichtigstes Beileid.“

„Spotte nicht, wir haben sie aufrichtig geliebt, und daß sie uns so rasch und unvermutet hinweggestorben ist, hat mir und meiner Schwester viel Leid gebracht.“

„Ich zweifle nicht im geringsten,“ entgegnete Morre, während es um seine Mundwinkel immer verdächtiger zuckte.

(Fortsetzung folgt.)

Nichtorganisierte) mit gleichem Maße messe und nur die Beinträchtigung der persönlichen Freiheit hindere, aber nur zu deutlich verrät die „Begründung“ der Vorlage die wirklichen Gedanken und Absichten ihrer Urheber. Ein einziger Satz der Motive genügt, um den Ungeist, aus dem die Vorlage geboren ist zu erkennen. Es wird da vom „Terrorismus“ der Streikenden gesprochen, die den Arbeitswilligen die Möglichkeit rauben, „nach eigener Entschliessung ihre Arbeitskraft zu verwerten“. Hier fährt die Begründung also fort:

„Dies ist um so bedenklicher, als es sich gerade bei den Arbeitswilligen um ruhige, in die Staats- und Rechtsordnung sich schickende, für den Staat besonders nützliche Elemente handelt, welche in ihren mit den Staatsinteressen zusammenfallenden persönlichen Interessen wirksam zu schützen eine wichtige und dringliche Aufgabe der Staatsgewalt ist.“

Dieser eine Satz erschließt alle Herzensgeheimnisse der Unternehmer Stummischer Oberbanz.

Wer ist der „Arbeitswillige“? Es ist nicht nur der willige Sklave des Unternehmers, der sich nach dessen Lust und Laune behandeln und bis auf die Knochen ausbeuten läßt. Es ist häufig der rüchständige Arbeiter, der bepußt das Streben seiner Arbeitsbrüder nach besseren Arbeitsbedingungen nach höherer Lebensart stört und erfolglos macht. Wo intimer Arbeiter den Versuch wagen, einen größeren Anteil an dem Erzeugnis, das sie in schwerer Arbeit geschaffen, zu gewinnen, antwortet der Kapitalist, indem er rüchständige Elemente der Arbeiterbevölkerung mit gleichnerischen und später schnell gebrochenen Versprechungen herbeizieht, indem er seinen Patriotismus durch Massenzug billiger Hände aus Böhmen, Italien, Polen, Rußland bewährt. Diesen Willigen und Willigen (freilich ist zum Leidwesen der Unternehmer auch unter ihnen bereits eine bessere Erkenntnis erwacht) darf man verzeihen, denn sie wissen es nicht besser, und es gereicht ihnen zur Entschuldigung, die Not ihres Lebens, der Hunger der Familie, ihr verwerfliches Treiben selbst aber bleibt bestehen. Weit gefährlicher für die Arbeiterbewegung sind aber Individuen, die nur darauf warten, daß der Ausstand ihrer Arbeitskollegen ihnen Gelegenheit giebt zu höheren Stufen, wenn auch nur auf kurze Zeit, Beschäftigung zu finden; denn diesen im Hinterhalt lauenden Leuten zählt der Unternehmer gern mehr als den Betrag, den er den Ausständigen verweigert.

Diese Elemente feiert die Motive der Vorlage als „besonders nützliche Elemente“. Mit ihren persönlichen Interessen sollen die Staatsinteressen zusammenfallen.

Niemals ist mit so ungezügelter Offenherzigkeit das Bekenntnis abgelegt worden, daß der heutige Staat dieselben Interessen habe wie die Unternehmerklasse und die entgegengelegten wie die Arbeiterklasse. Ja nicht nur mit den Interessen der Unternehmerklasse stellt die Buchhausvorlage die Staatsinteressen gleich, sondern mit den Interessen des fragwürdigsten Abhubs dieser Unternehmerklasse.

Unter Mithilfe und wohlwollender Zustimmung der Regierung tagte kürzlich der Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose. Dort wurde von zahlreichen Autoritäten der medizinischen Wissenschaft nachgewiesen, daß die soziale Lage, die Ueberarbeit, die Unterernährung, die unnienslichen Wohnungsverhältnisse, die eigentlichen Ursachen bilden für die entsetzlichen Verheerungen der Volksgesundheit durch den Tuberkelbazillus und für die widerwärtig frühe Sterblichkeit in den Arbeiterfamilien. Und wenige Tage später erklärt man die Harmonie des Staatsinteresses und der persönlichen Interessen der „Arbeitswilligen“, welche denjenigen, die jene Ursachen zu beseitigen sich zusammenschließen, in den Rücken fallen. So wird das Fortbestehen der Ueberarbeit, der Unterernährung, des Wohnungslebens, der Schwindsuchtstreuwe als höchstes Volksinteresse proklamiert!

Aus der Parteibewegung.

Das Manifest der sozialistischen Partei Frankreichs.

Bürger! Die Bourgeois-Parteien zeugen, die einen über ihre Niederlage, die andern über ihre Thronmacht. Wir Sozialisten haben das Recht, uns zu freuen. Die Thatsachen sprechen für uns, verurteilen den Verfall der Bourgeoisie. Vor Gut außer sich darüber, daß endlich die Wahrheit anerkannt ist und ihre Verbrecher und Fälschungen durch den Spruch der den Reaktionskräften am wenigsten verdächtigen Richter, durch den Kassationshof, gebremst sind, verurtheilt oder erträumen Militaristen, Merkale und Casarianer in ihrer Bestürzung die schändlichsten Attentate, um sich vor dem Muth und der Schande zu retten und um die Republik zu erwürgen. Und diese abscheuliche Bande der Verbrecher des Casarismus stellt die grotesksten und hassenwürdigsten unter den Feinden des Volkes, die Gassen des Schamismus und die Gespenster der Vergangenheit, die Dämonen des im Verein mit den Schurken des Abels und des Alerus an ihrer Spitze.

Ihnen gegenüber wissen die Bourgeois-Regierenden der opportunistischen Republik, die an der Reaktion pfeifen, nicht einmal diese vorgebliche Republik, als deren Richter sie sich anzugeben, zu verteidigen. Ihre Gesetze und ihre Truppen verweigern den Dienst. Sie wissen nicht, was sie gegen die Beschwörer thun sollen, die bis vor kurzem ihre Verbündeten waren und denen die Reaktionen den Weg gebahnt hat. Und man sieht dieselben Parlamentarier, die gegen Ausständige, Sozialisten und Anarchisten mit größtem Ansehen die blutigsten Verhandlungs- und Befolgungsmassregeln anordnen, seige vor den millionenfachen und schmerzlichen Beschwörern zurückziehen, ohne daß sie in ihrer Demuth die elementare Maßregel republikanischer Vertreibung zu ergreifen wissen oder zu ergreifen vermögen. Nicht die Männer und die politischen Defamationen mag man wegschleudern, sondern die Einrichtungen mag man ändern, das kapitalistische Regime und die Reaktion zerstören, die Ermordung der Arbeiter mag man durchführen.

Bürger, die Ihr im Laufe der letzten Kräfte, wie zu Zeiten des Sozialismus, unsere Stimme vernommen habt, die Euch zum unerschütterlichen Kampf gegen den Militarismus und Merkalismus aufgerufen, die Euch aber gleichzeitig die opportunistische und radikale Schlinge und Schlinge

Marlegte, Bürger, die Ihr Euch bewußt seid, daß die sozialistische Partei ebenso mit der Verteidigung und der Rettung der Republik wie mit der Arbeiter-Emancipation und der Revolution betraut ist — Bürger, schließt Euch uns an, verammelt Euch um die sozialistische Fahne, organisiert Euch!

Mit diesem Manifeste erließ das Centralcomitee der sozialistischen Partei gleichzeitig eine Aufforderung an seine Anhänger und Freunde, am kommenden Sonntag sich in Massen auf die Rennbahn von Longchamp zu begeben, um im Namen der Republik gegen die casaristischen und royalistischen Banden Kundgebungen zu veranstalten. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Die Innung der Baumeister und der „Arbeitergeberverband“ für das Baugewerbe in Dresden haben beschloffen, die Namen aller jetzt dort streikenden Bauarbeiter, die bis Sonnabend ihre Beschäftigung nicht wieder angenommen haben, in einer Liste den 281 Innungen des Arbeitgeberverbandes in Deutschland mitzutheilen! Die königlichen und städtischen Baubehörden haben hier zu gunsten der Arbeitgeber die Fertigstellungsstermine der angefangenen Staats- und städtischen Bauten um die Dauer des Streiks verlängert. Eine derartige Berufs-erklärung ist den Unternehmern auch nach der Buchhausvorlage gestattet. —

Ein sonderbares Arbeitszeugnis. Ein ehrbarer Tischler in Naumburg, Herr Kötterich, hat einem seiner Arbeiter folgendes Abgangszeugnis ausgestellt:

Naumburg a. S., 2. Juni 1899.
Der Tischler . . . hat vom 19. October 1898 bis 1. Juni 1899 bei mir in Arbeit gestanden und hat das Arbeitsverhältnis selber gelöst. Der pp. . . . ist ein sauberer Arbeiter, über seine Führung kann ich nur mitteilen, daß er mir meine Werkstatt sozialdemokratisch in kürzester Zeit versetzt hat.
Dito Kötterich, Tischlermeister.

Das Gewerbegericht wird dem Herrn jedenfalls beweisen, daß man die Gewerbeordnung erst kennen muß, ehe man mit einem Arbeiter, der die Werkstatt „sozialdemokratisch“ zu durchsuchen im stande ist, anbindet. —

Die Bäcker- Arbeiter Münchens unterbreiteten den Meistern folgende Forderungen: Minimallohn in Abzügen von 10, 8 und 6 Mark wöchentlich, Entschädigung von 50 Pf. für Frühstück- und Abendessen, drei freie Tage im Jahr (an den drei hohen Festen), Bezahlung der durch die Bundesrats-Verordnung gestatteten Ueberstunden mit je 30 Pf., Beschaffung von Schlafstellen, die den sanitären Anforderungen entsprechen. —

Der Maurerstreik in Dresden. In einer Versammlung der Ausständigen wurde mitgeteilt, daß in Dresden 356 Arbeitgeber vorhanden sind. Von diesen gehören 115 der Innung an, von denen ein Teil keine Leute beschäftigt. Vor dem Streik haben 1611 Maurer bei Zunungsmeistern gearbeitet, während jetzt außer 174 Bürgern nur noch 754 Kollegen dazuliege beschäftigt sind. Von den Unternehmern haben bis jetzt 72 die Forderung bewilligt, bei diesen sind 811 Gejellen beschäftigt. Abgereist sind 723 Kollegen von hier, außerdem haben von den 128 Zugereisten 98 Dresden wieder verlassen, während 30 hier, von der Polizei bewacht, die Arbeit aufgenommen haben. Im Streik befinden sich noch 733 Kollegen, davon sind 424 verheiratet, 309 ledig. —

Die Schneider von Fürth haben eine Kommission eingesetzt, die über das Glend der im Schneidergewerbe Beschäftigten Material jammeln und veröffentlichen soll. —

Das Kaiserwort von den Arbeiterwohnungen und Schweinefällen in Preußen illustriert auch eine Zuschrift an den konservativen Reichsboten, welche ehrlichermaßen zugeht, daß die Arbeiterwohnungen im Osten von den Grundbesitzern arg vernachlässigt werden: „Wer Gelegenheit hat, die Arbeiterfamilien jahraus, jahrein auf dem Lande, besonders auf Gütern zu besuchen, empfindet es schmerzlich und bitter, wenn er sehen muß, in welchen Wohnungen bisweilen die Menschen wohnen müssen. Da ist ein enger, mit einem kleinen oder größeren Fenster versehenen Raum, zu dem, wenn es hoch kommt, noch eine kleine, ungeheure Kammer irrt, in der eine Familie von 4 und 5, ja 8 und 10 Köpfern ihren Aufenthalt hat; das Fenster ist schlecht, der Ofen hält kaum noch zusammen, der Fußboden besteht aus festgestampftem Lehm-Estrich oder aus Ziegelsteinen. Hier und da sind größere und kleinere Löcher im Fußboden und in den Wänden, die Wände stehen schief, die Decke ist nordwärts verhängen, als Zugabe sind Ratten und Mäuse da — darin haust die Arbeiterfamilie mit ihren Kindern, womöglich mit einem Hofgänger, den sie halten muß, darin stehen Wirtschaftsgüter, werden die Lebensmittel aufbewahrt, Kartoffeln, Kraut usw., im Winter noch die Hühner; hier wohnen Menschen in gewissen Tagen, hier müssen sie liegen, wenn sie krank sind.“ Wir haben dieser Schilderung nur zuzufügen, daß, wenn wir Sozialdemokraten so schreiben, es natürlich ganz inname, gemeine, strafbare Hegelei wäre.

Ausland.

Der Streit der Textilarbeiter in Brünn ist in das Stadium der Verhandlungen getreten, zu denen sich die Unternehmer endlich bereit finden ließen. Ueber die Verhandlung am Donnerstag wird folgendes offiziell bekannt gemacht: Heute nachmittag fand auf Veranlassung des Brünner Ober-Gewerbe-Inspectors Manz im Beisein des Bürgermeisters und des Bezirkshauptmanns von Brünn eine unverbindliche Besprechung zwischen dem Permanentcomitee der Gewerkschaft-Industriellen Brünn und dem Streikcomitee unter Anwesenheit des Secretärs der Gewerkschafts-Kommission, Guber, statt. Um 6 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und wird am Sonnabend vormittag fortgesetzt werden. —

Die Massenansperrung in Dänemark. Die vornehmsten Unternehmer haben sich nun doch entschlossen, sich der Einwirkung des „Gemeinschafts“ zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zu unterwerfen, es soll aber eine

Ergänzung desselben stattfinden. Infolgedessen haben sowohl der Arbeitgeberverein, als die „Vereinigten Fachverbände“ je drei weitere Vertreter erwählt. In Odense haben die ans-gesprezten Zimmerleute durch ihren Fachverband Arbeiter übernommen. Auch der Tischlerverband hat die Uebernahme von Arbeiten organisiert. Glücklicherweise hatte eins der Verbandsmitglieder sich am Tage vor der Ausperrung Holzmaterial in Masse bestellt, das auf Grund der Abmachung jetzt ausgeliefert werden mußte, obwohl der Arbeitgeberverein es hindern wollte. —

Kinderschutz in England. Die Annahme des Robson'schen Kinderschutz-Gesetzes (Erhöhung des Alters für die Halbzeit-Fabrikarbeit) ist jetzt so gut wie sicher, nachdem allerdings die Zustimmung der Landwirte durch einen Kompromiß bezüglich der Schulzeit auf dem Lande erkauf worden ist. Am Mittwoch passierte das Gesetz ohne ernsthafte Opposition die zweite Lesung. Nach einem sieben ausgegebenen Bericht des englischen Unterrichtsministeriums, der aber bei weitem nicht vollständig zu sein erklärt, sind in England über 144 000 Schulkinder, die den vollen Schulunterricht mitmachen, außerhalb der Schulzeit regelmäßig gegen Lohn thätig. Nahezu 40 000 davon sind unter zehn Jahre alt, 131 sogar unter sieben Jahre alt. Von den Knaben sind rund 76 000 als Laufburschen und über 15 000 als Zeitungverkäufer thätig, die größere Zahl der Mädchen sind Kinderwärtinnen. Ein großer Teil der Fälle sind derart, daß gesetzliche Maßregeln oder Verordnungen durch-aus notwendig und ohne Schwierigkeiten durchführbar sind.

Italienische Landarbeiter für Deutschland!

Aus Rom wird vom 10. Juni telegraphisch gemeldet. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Italienischen Arbeiter-Gesellschaft empfahlen der Deputierte Ambrosoli und der Senator Picole die Frage der Auswanderung italienischer Bauern nach einigen Gegenden Preußens, wo Mangel an landwirtschaftlicher Bevölkerung herrscht, in Erwägung zu ziehen.

Dieser Beschluß wird den deutschen Agrariern hoch willkommen sein. Schon dieser Tage hatte die Korrespondenz des Bundes der Landwirte für italienische Landarbeiter Klame gemacht, indem sie im Anschluß an einen Artikel des Dr. Rudloff in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse den deutschen Kartoffelschnaps brennenden Patrioten die Einfuhr italienischer Kulis mundgerecht zu machen suchte. Wir entnehmen der Korrespondenz des Bundes der Landwirte die folgenden Stellen: Der italienische Landarbeiter ist ein Mensch, mit dem sich anstandslos verhandeln und gut auskommen läßt. Er ist sehr empfänglich für einen freundlichen Blick, ein gutes Wort, das ihm unser Verständnis, unsere Teilnahme für seine beklagenswerte Situation bekundet. Der italienische Landarbeiter ist politisch indifferent — nicht politisch zuchtlos; er hat sich von der sozialistischen Propaganda nicht behören lassen. — Mit Ausnahme einiger Gegenden Siziliens, der Emilia und der Lombardei. . . Der Mann erhält dort bei 13 stündiger Arbeitszeit im Durchschnitt 0,80 bis 1,25 Lire pro Tag (64 bis 100 Pf.), die Frau 40 bis 60 Pf. Die unter dem überhöhten Druck der Steuer-schraube seufzenden Besitzer und Unternehmer sind nicht in der Lage, mehr zahlen und etwas für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter thun zu können. Aus diesem Grunde und wegen der ungemein starken natürlichen Vermehrung der norditalienischen Bevölkerung ist die Auswanderung aus diesen Distrikten, besonders nach Südamerika hin, sehr groß, und Herr Dr. R. meint, daß es nicht schwer fallen dürfte, von diesem Auswandererstrom einen Teil zu uns zu lenken und die durch die Land-flucht der deutschen Arbeiter verödenen Ackerbau-bezirke wieder mit guten, brauchbaren Arbeitern zu füllen. Wir können es den ostelbischen Patrioten nach-sprechen, daß die politisch indifferenten, 64 Pf. bis 1 Mk. Lohn verlangenden italienischen Landproletarier für sie ein sehr brauchbarer Einfuhrartikel wäre. Ausländische Kulis importieren ist ja auch so viel leichter, als deutschen Arbeitern ausreichende Lebensbedingungen zu gewähren. —

Der Landbote.

Die Arbeiterverhältnisse auf einem schlesischen Rittergute.

Die Welt am Montag hatte in Betreff der Verhältnisse auf dem Rittergut Gumern im Kreise Wohlau erzählt, daß der Herr Rittergutsbesitzer (hinzugefügt war: natürlich Leutnant v. R.) seinen männlichen Arbeitern im Sommer 80, im Winter 70 Pfennig, den weiblichen im Sommer 40, im Winter 30 Pfennig Tagelohn zahle. Davon gehen noch die Beiträge für das Klebegetreide ab, Beföstigung werde nicht geleistet, Männer und Frauen haben sich samt ihren Kindern von diesen Löhnen völlig zu ernähren. Die lokalen Verhältnisse der Schule seien unglücklich und unerträglich und das Ortsarzneihaus enthalte einen Raum, den man wegen seiner unglücklichen Verfassung zur Unterkunft für edleres Vieh für ungeeignet halten würde. In diesem einen Raum hausten drei Parteien: eine Witwe mit drei Kindern, eine allein-siehende Frau und ein idiotischer an Knochenfraß leidender Mann; diesen haben seine Mitbewohner wegen des entsetzlichen Geruchs seiner Wunden in einen Winkel hinter dem Ofen verbannt, wo er ohne Bett in einer Art Verschlag Tag und Nacht zubringt.

Auf Grund dieses Artikels hat der Rittergutsbesitzer Hamacher in Gumern gegen den Redakteur Dr. Martin Langen die Klage angestrengt. Vor dem Schöffengericht in Berlin wurden am Freitag durch drei einmündige Zeugen die Angaben über die Lohnverhältnisse als richtig bezeichnet. Deputat haben die Tagelöhner nicht, außer einem Stücke Kartoffelfeld, auch keine freie Wohnung und keine Beföstigung. Ausnahmsweise (bei der Ernte) werden höhere Lohnsätze gezahlt, seit verflorenem Winter, wo eine Dampf-dampfmaschine im Betriebe ist, werden überhaupt etwas höhere Tagelohnsätze gezahlt. Der Ortschulinspektor Pastor Dilge hat in der Schule einzelne Teile der Die-lung des Klaffenzimmers angefaßt vorge-funden. Es sind mehrere Löcher in der Die-lung, in die

man mit dem Fuße hineintreten kann. Er habe im September v. J. die Reparaturbedürftigkeit des Schulzimmers dem Kläger mitgeteilt, dieser habe geantwortet, daß er das geeignete Holz für die Reparatur nicht besitze, und so bestehe der Zustand noch heute fort. Vor kurzer Zeit habe die Königl. Regierung zu Breslau einen Plan zur Abstellung der Mängel des Schulhauses aufstellen lassen. Auch die ungeheuerlichen Zustände in dem Ortsarmenhaus in Cunern hat Pastor Bilge so wie sie geschildert waren, voll bestätigt; zu dem Raume, in welchem die drei Parteien hausten, gehörten zwei kleine, remisenartige, zur Wohnung von Menschen absolut unbrauchbare, ungeputzte Räume, die Lagersstätte des Kranken Mannes sei menschenunwürdig. — Der Lehrer Dpitz, auf den sich der Kläger selbst berufen, hat folgendes ausgesagt: Die Dichtung des Schulzimmers sei teilweise verfault. Die Lehrerwohnung bestehe aus einem größeren Zimmer und zwei kleineren Kabinetten. Letztere beiden seien sehr feucht und deshalb zur Wohnung von Menschen nicht geeignet. Die Schuhe schimmeln im Schlafkabinett in ungefähr 8 Tagen. Der ungesunde Zustand der Wohnung bilde für ihn einen ausschlaggebenden Grund, zur Zeit nicht zu heiraten. Diese Schilderung wurde auch vom Ortsvorsteher Rau in Cunern voll bestätigt. Dieser schildert die Stube des Ortsarmenhaus, in der die drei Parteien hausten, als „so niedrig, daß eine mittelgroße Person an die Deckenbalken anstoßen kann“. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 25 Mark Geldstrafe. Es möge richtig sein, daß die angegebenen Löhne gezahlt wurden, inwieweit dieselben ortsüblich oder unangemessen seien, entziehe sich aber der Beurteilung des Gerichts. Die geschilderten Schulzustände mögen richtig sein, es sei aber nicht nachgewiesen, ob der Privatkläger die Schuld daran trage; ebenso mögen die Zustände im Armenhaus richtig geschildert sein, es fehle aber der Anhalt dafür, daß zur fraglichen Zeit der Privatkläger dafür verantwortlich zu machen war. —

Handel und Industrie.

Ein Dorado für Kapitalisten

ist, nach den Berichten des ostasiatischen Lloyd, Annam. Während hebt das Blatt hervor: „Im November 1891 haben 200 000 Eingeborne sich für einen ganz geringen Tagelohn bereit gefunden, durch das mächtige Delta des Mekong ein gewaltiges Straßennetz unter europäischer Aufsicht zur Ausführung zu bringen, wobei es sich um Erdaufschüttungen von 3—4 Meter Höhe durch ungeheure Sumpfstrecken handelt. . . Und diese einheimischen Erdbarbeiter begnügen sich mit einem Lohne, wovon man in Europa keinen Begriff hat. Sie haben so zu jagen keine Bedürfnisse und reichen mit 20—25 Pfennig täglich aus!“ Man denke 20—25 Pfennige für eine mörderische Arbeitsleistung! wie mag bei solchen Nachrichten den deutschen Schloßbaronen und Krautjüngern das Wasser im Munde zusammenlaufen. Das wäre noch ein Geschäft! — Aber — alles ist eitel, sagt König Salomo und „ein jegliches hat seine Zeit und alles Vornehmen unter dem Himmel hat seine Stunde“. In derselben Nummer meldet das Blatt: In Jahren hoffte man auf glänzende Profite, weil die Arbeiter so billig sind: „Dieser Vorteil ist schon dahin. Die Löhne für geschulte Arbeiter und selbst die für die ganz ungebildeten Leute sind während der letzten Jahre beträchtlich gestiegen und mit ihnen auch die Lebensbedürfnisse und weiteren Ansprüche der Leute. Es besteht heute tatsächlich, wenn man die größere Geschicklichkeit europäischer Arbeiter in Betracht zieht, kaum noch ein Unterschied.“ Welches Mergernis! Die „Kerle“ erdreisten sich, „Lebensbedürfnisse“ zu haben, und wollen nicht wie die Tonkieseln mit Mattenragout vorlieb nehmen. Ja, wenn man ein Mittel finden könnte in fremden Ländern den Kapitalismus einzuführen, ohne die Lebensbedingungen zu ändern, dann könnte man vielleicht auch Dampfmaschinen herstellen lassen von Arbeitern, die mit 20 Pfg. täglich auskommen. Aber es ist nun schon einmal so fatal: wo der Kapitalismus einsetzt, werden die Lebensmittel teuer, wie es in Japan der Fall ist; und teuer werden sie, weil die Grundrente steigt; und die Grundrente steigt, weil das Eigentum am Boden Pfah greift und sich ausdehnt infolge der Verpflanzung kapitalistischer Verhältnisse. Zum Ueberflus lehrt die Not, nicht gerade beten, aber denken, und die „Kerle“, ja selbst die Weiber fangen an sich zu organisieren, wie es in Japan gleichfalls geschehen ist. Es ist wirklich ein Jammer, was so ein armer Kapitalist alles erlebt: eben hat er ein Paradies entdeckt, ein Wunderland, wo die Menschen um 20 Reichspfennige pro Tag schauzen, und in wenigen Jahren haben sie schon Bedürfnisse; vorbei ist es mit dem Paradies. Aber es kommt schon bald schlimmer: in Japan scheint die industrielle Krise und ein finanzieller Krach bevorzustehen, wie wird da erst der Ostasiatische Lloyd jammern. Doch ein Vorschlag zur Güte: wie wäre es, wenn man das ganze unternehmungswütige Unternehmertum Europas und Amerikas nach Annam schickte. Dann würde jeder von ihnen für alle Ewigkeit aus Prinzip mit 20 Pf. zufrieden sein und wir könnten zur Abwechslung Unternehmer und Arbeiter spielen; dann wäre das Land für immer ein Paradies und Europa ohne die Unternehmer ebenfalls. Wp.

Gerichtliche Urteile.

Sandgericht Magdeburg.

Der Behrling Otto Bauernmeister zu Gr.-Ottersleben, Kieg am 14. März d. J. in eine Wohnung und stahl aus dem Tischkasten 3 Mark. Das Urteil lautete wegen schweren Diebstahls auf 1 Woche Gefängnis. — Die Stuccature Karl Frenzel, geboren 1859, und Albert Burghardt, geboren 1871, hieselbst, arbeiteten auf dem Neubau Pfälzer- und Arndtstraße-Gde. In demselben Bau aber von einer anderen Firma war auch der Stuccateur Gernhardt beschäftigt. Die hiesigen organisierten Stuccature hatten beschloffen, in Neubauten zur Verhütung von Unglücksfällen nicht bei Licht zu arbeiten. Trotzdem arbeitete Gernhardt im Dezember v. J. bei Lampenlicht, worüber ihm die Angeklagten Vorwürfe gemacht haben sollen und ihn, als er erklärte, er thue, was er wolle, beleidigt, bedroht und mit Kanonen

steinen geworfen haben sollen, von denen ein von Burghardt geworfener Stein dem Gernhardt am Schienbein verletzete. Die Angeklagten bestritten, auch garnicht gewußt, daß derselbe bei Licht arbeite. Gernhardt sei von der Konkurrenz-Firma ihres Arbeitgebers nur nach dem Bau geschickt worden, um sie und ihre Firma auszuhäuten. Deshalb habe er sie an dem fraglichen Tage fälschlich beschuldigt, ihm einen Ankel gestohlen zu haben, worüber ein Streit entstanden sei. Der Zeuge habe zuerst geschimpft und Burghardt einen Eimer Wasser über den Körper geschüttet und nach ihnen mit Steinen geworfen. Daraufhin hätten sie weiter nichts gethan, als wieder geschimpft. Der Bauunternehmer bekundete endlich, Hartmann, der Arbeitgeber des angeblich Verletzten, habe zu ihm gesagt, als er gehört habe, Leute einer Konkurrenzfirma arbeiteten gleichfalls an dem Bau: „Na, dann schide ich den langen Gernhardt, der eselt sie alle raus.“ Es sei nun aber anders gekommen; Gernhardt sei von dem Bau entfernt worden. Unbeteiligte Personen seien bei dem Vorfall nicht zugegen gewesen, doch habe er, Zeuge, gehört, Gernhardt sei als gefährlicher Mensch bekannt. Der Zeuge Gernhardt behauptet, der Streit sei wegen der Lichtarbeit entstanden, dabei habe er wohl auch geschimpft und geworfen. Er könne auch nicht bestritten, daß er, um sich zu schützen, Burghardt begoffen habe. Der Gerichtshof erkannte wegen der Beleidigung auf Freisprechung, im übrigen hielt er entgegen der Anklage nicht veruchte Mäßigung, sondern nur Bedrohung für vorliegend, betreffs Burghardt auch gefährliche Körperverletzung und betreffs Frenzel Besitzen mit Steinen. Den ersteren trafen 50 Mark, den letzteren 30 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte erhebliche Gefängnisstrafen beantragt. —

Am 7. Dezember v. J. wurde auf dem hiesigen Johannis Kirchhof auf dem noch nicht abgeladenen Wagen der verehelichten Fleischermeister Hermann Kiez aus Barleben eine Ochsenzunge und ein halbes Ochsenherz beschlagnahmt, die tuberkulös waren. Die Teile rührten von einem abends zuvor in Barleben geschlachteten Tiere her, und Frau Kiez hatte sie, obwohl sie wußte, daß der Ochse tuberkulös war, vor der tierärztlichen Untersuchung empfinden und mitnehmen lassen. Das Fleisch des an demselben Tage noch untersuchten Ochsen wurde für vollwertig erklärt und freigegeben, nur einige innere Teile vernichtet. Frau Kiez wurde wegen veruchten Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einer Woche Gefängnis verurteilt. —

Der Arbeiter Wilhelm Wirthard zu Burg, geboren 1879, begegnete am 17. April d. J. einem spazierenden Brautpaar und rief ihm eine gemeine Bemerkung zu. Der Brautigam wurde heftig, und es entstand eine Schuppelei, die den Angeklagten derartig in Wut brachte, daß er seinem Gegner einen Messerstoß über der Nase in das Gesicht versetzte. Auf Grund des Beweisergebnisses wurde Wirthard mit einem Jahr und zwei Wochen Gefängnis bestraft und sofort verhaftet. —

Der frühere Schuhmann, jetzige Monteur Hugo Wosinger hieselbst, geboren 1860, hatte in den Jahren 1895—97 eine ganze Anzahl von Disziplinarstrafen erlitten, wie er glaubte, teilweise ungeschuldig. Darüber geriet er in derartige Wut, daß er sich hinreißend ließ, am 20. Mai 1897 einen anonymen Brief an den Polizeipräsidenten Rößler zu schreiben, der die unglücklichsten pöbelhaftesten Beleidigungen gegen diesen selbst und den Polizeikommissar Prieter enthielt. Der mit „Die Anarchisten Magdeburgs“ unterzeichnete Brief enthielt auch wiederholt die Drohung, es werde demnächst ein Dynamitentatort auf die genannten beiden Beamten gemacht werden und gipfelte in einem „Hoch“ auf die Anarchie und die Bombenattentate. Nach dem Gutachten mehrerer Aerzte, die Wosinger beobachtet haben, leidet derselbe an einer Verringerung der Arbeitsfähigkeit und könne strafrechtlich nicht mit demselben Maße gemessen werden, als andere völlig normale Menschen. Angebild soll dies Leiden dadurch entstanden sein, daß bei dem großen Brande in der Kaiserstraße ein Dienstmädchen aus einem Fenster des brennenden Hauses gesprungen und vor ihm auf das Pflaster gestürzt wäre, so daß er über und über mit Gehirnen und Blut bespritzt sei. Der Gerichtshof erkannte in Anbetracht der Umstände wegen Beleidigung und Bedrohung auf 100 Mark Geldstrafe. —

Gewerbegericht Magdeburg.

D hne Kündigung ist die Wirtshauserin Sch. von dem Restaurateur Hermann entlassen. Die Sch. verlangt für vierzehn Tage 31 Mark Entschädigung für Kost, Logis und Lohn. Der Beklagte behauptet, die Klägerin sei mit ihrer Entlassung einverstanden gewesen, außerdem wäre er berechtigt, sie zu entlassen, da sie geschlechtlich krank gewesen sei. Die Klägerin bestritt, sich mit der sofortigen Entlassung ohne Entschädigung einverstanden erklärt zu haben. Auch die ärztlichen Untersuchungen betreffs ihrer Krankheit sind so nichtig, daß das Gewerbegericht zur Verurteilung des Beklagten kam, weil er keinen nachweislichen Grund, der nach der Gewerbeordnung zur sofortigen Entlassung berechtigt, vorbringen konnte. —

Arbeiter vereinbart vorher den Lohn. Der Hausdiener L. war vom 7. April bis 23. Mai d. J. bei der Firma Marquardt thätig. Er erhielt während dieser Zeit außer Kost und Logis 9.04 Mark Lohn in mehreren Raten. Da kein bestimmter Lohn vereinbart war, kam es bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu Streitigkeiten. Der Kläger verlangt jetzt einen Restlohn von 22 Mark, indem er ungefähr 1 Mark pro Tag zu Grunde legt. Die Beklagte bestritt die Forderung und meint, sie sei nicht verpflichtet, noch etwas zu zahlen. Das Gewerbegericht war aber anderer Ansicht und verurteilte die Firma zur Zahlung von noch 14.46 Mark und zwar aus folgenden Gründe: Eine Lohnabrede war nicht zustande gekommen, so daß der hierorts festgesetzte ortsübliche Tagelohn von 2 Mark für einen erwachsenen Arbeiter, der als Mindestlohn gilt, in Anrechnung gebracht wird. Von diesen 2 Mark gehen für Kost und Logis 1.50 Mark täglich ab, sodas das Gewerbegericht nach Abzug der 9.04 Mark noch auf 14.46 Mark erkannte. —

Die Arbeit unbefugt verlassen sollen die Dienstmädchen J. und B. haben, die bei dem Hotelbesitzer Loffe in Stellung waren. Die Klägerinnen bestritten das und behaupten, sie wären nur kurze Zeit fortgewesen, um Kaffee zu trinken, da die Nahrung beim Beklagten nicht zu geniessen gewesen sei. Sie hätten fast immer verdohenes Essen bekommen und hätten deshalb getrunken. Die Klägerinnen verlangen je 26 Mark Entschädigung für Lohn, Kost und Logis, weil sie entlassen sind, einigen sich aber auf je 10 Mark rückständigen Lohn. —

Wegen Majestätsbeleidigung sind in Oppeln zwei Eisenbahnbeamte aus Grashowitz zu je 6 Monaten Gefängnis unter Verlust der Beamtenqualität verurteilt worden. Beide waren bis zum vorigen Jahr gute Freunde, verfeindeten sich aber aus Anlaß der letzten Reichstagswahlen und denunzierten einander wegen Majestätsbeleidigung. —

Der Arbeiter Panzer aus Schmira bei Erfurt hatte kurz nach den Reichstags-Wahlen von 1893 den Postmeister Rose wegen Majestätsbeleidigung denunziert. Vor dem Untersuchungsrichter widerrief er seine Beschuldigung. Jetzt nach 6 Jahren hat sich Panzer mit Rose verzeuieigt und flugs erstattet er wieder gegen Rose Anzeige wegen der angeblichen Majestätsbeleidigung von 1893. Als ihm nun das Protokoll mit seinem eigenen Widerruf vorgelegt wurde, beschuldigte er einen Gendarm, das Protokoll abgeändert oder erneuert zu haben. Die Folge war nach der Leipziger Volkszeitung, daß der 70-jährige Denunziant nunmehr zu 14 Tagen Gefängnis wegen Gendarmenbeleidigung verurteilt wurde. —

In Dortmund ist der 23-jährige Schlosser Harms wegen Majestätsbeleidigung und Beschimpfung der christlichen Kirche zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. H. hat als Matrose gedient und eine Nordlandreise des Kaisers mitgemacht. —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Elberfeld ein Zimmergeselle aus Remscheid zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Freitag vor der Strafkammer zu Frankenthal (Rheinpfalz) der 42 Jahre alte Hundezüchter Georg Britting von Ludwigshafen a. Rh. zu 2 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft, verurteilt. Britting hatte in der Trunkenheit eine lächerliche, drohende Aeußerung gegen den deutschen Kaiser ausgesprochen. —

Vor dem Schöffengericht in Fürth spielte der § 153 der Gewerbeordnung wieder eine Rolle. Am 17. Januar, als in der Holzwarenfabrik von Leonhard gestreift wurde, ging ein Arbeitswilliger an einer Wirtschast vorüber, vor welcher Streikende standen, wobei der Arbeitswillige vor einem der Streikenden, dem Schreiner Klein, ausspuckte. Klein rief darauf dem Burtschen zu: „Geh her, Du Lump, ich geb' Dir fünf Pfennig, dann kannst Du Dir einen Schnaps kaufen.“ Darin erblickte der Staatsanwalt „Terrorismus“ und erhob schleunigst Anklage. Der Zeuge Zuder deponierte vor Gericht, er glaube, daß Klein ihn durch diese Aeußerung von der Arbeit habe abhalten wollen. Klein wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt, 3 Wochen waren beantragt. —

Ueber eine Mißhandlung mit tödlichem Ausgang, die ein katholischer Pfarrer an einem Schulknaben vollzogen haben soll, weiß die Lothringer Bürgerzeitung, der wir die Verantwortung für den nachstehend geschilderten Vorgang überlassen müssen, aus Fl. in Lothringen zu berichten: „Der Pfarrer J. G. richtete in der Religionsstunde den zehn Jahre alten Josef Barjet mit einem Latteknüttel demmaßen zu, daß die Mißhandlungen den Tod des Kleinen zur Folge hatten. Der Knabe verschied am Freitag vor Pfingsten, nachdem er zwei Tage vor dem Tode noch die Sehkraft verloren hatte. Man versuchte zuerst, die Sache zu vertuschen; doch alsbald schritt der Staatsanwalt ein, der von dem Vormkommnis Wind bekommen hatte, und ordnete die Untersuchung an. Auch hatten die Eltern des unglücklichen Knaben sich standhaft geweigert, denselben beerdigen zu lassen, bevor die Leiche gerichtlich untersucht war. So kam es denn, daß das Begräbnis erst am fünften Tage nach dem Tode stattfinden konnte. Der Fall erregt befreiflicher Weise gewaltiges Aufsehen.“ —

Vermischte Nachrichten.

Das strafwürdige Ausrufungszeichen. In einem Prozeß gegen das „Mehlinger Volksblatt“ figurirte ein Garnisonverwaltungs-Oberinspektor a. D. als Schöffe. Dieser Titel kam dem Redakteur oder dem Berichterstatter des Mehlinger Blattes so eigenartig vor, daß er ein „(!)“ dahinter malte. Diefershalb nun hat die Staatsanwaltschaft (!) Tübingen Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung des Garnisonverwaltungs-Oberinspektors a. D. gegen den Redakteur des Mehlinger Volksblattes gestellt. Das Gericht hat dem Antrage stattgegeben und die Verhandlung auf Mittwoch, den 21. Juni, anberaumt. Sm! —

Die Nachricht, daß Arnold Böcklin neuerdings einen Schlaganfall erlitten habe, bestätigt sich glücklicherweise nicht. —

Der Kunst-Schriftsteller Bruno Bucher ist im Alter von 73 Jahren in Wien gestorben. Er war Stifter des österreichischen Museums für Kunst und Industrie und hat eine Reihe von Schriften über das Kunstgewerbe verfaßt. —

Eine Kirche in London bezieht bis zum heutigen Tage ein regelmäßiges Einkommen aus einer Stiftung, die seiner Zeit zu dem Zwecke gemacht wurde, Holz für die Scheiterhaufen zu kaufen, auf denen Keger zu verbrennen waren. —

Nach einem Vorschlag des Professor Koch soll ein Reichsinstitut zur Erforschung der Tropenkrankheiten in Hamburg gegründet werden. —

Die Arbeiten des türkischen Generalstabs für die Karte der europäischen Provinzen der Türkei sind nunmehr beendet; von der Karte werden auf lithographischem Wege 3000 Exemplare angefertigt werden. Die Arbeit dauerte 20 Jahre. Die neue Karte ist im Maßstabe 1:210 000 hergestellt und besteht aus 64 Blättern. —

Der Meteorologe der Neuen Züricher Zeitung stellt die Thatfache fest, daß wir gegenwärtig im centraleuropäischen Gebiet höhere Temperaturen vorzukommen, als je seit am Saume der Sahara in Nordafrika vorkommen! Die jüngsten Telegramme des französischen Wetterbureaus geben für den 5. Juni nachstehende Wärmemaxima: von Oran 19 Grad, Algier 24 Grad, Tunis 26 Grad, Numale 22 Grad, Nemours 18 Grad, während bei uns Nachmittags-Temperaturen, im Schatten gemessen, zwischen 26 und 30 Grad zur Aufzeichnung gelangten. —

Bücherchau.

Ueber die Friedenskonferenz wird jetzt viel gesprochen und gedruckt, aber so lustig ist der Gegenstand noch nicht behandelt worden, wie in der soeben erschienenen Nummer 12 des **Simplicissimus** (illustrierte Wochenchrift, 4. Jahrgang, Verlag von Albert Langen in München, Vierteljahrh. 1.25 M., Einzelnummer 10 Pf.). Aus der Fülle des Gebotenen haben wir nur Tonys Titelbild hervor, zwei chinesische Delegierte auf der Promenade im Haag, von denen der eine zum andern sagt: „Fritsch-Zscheng, ich fürchte, die diese Konferenz zu einem Reijstut kommt, haben sich die Großmächte längst in unser Reich geteilt“, und Bruno Pauls ebenso kühne wie überwältigend komische Phantasie: „Nach einer Sitzung der Friedenskonferenz“. Die übrigen Beiträge stehen diesen beiden Meistertiteln nicht nach, und Peter Schlemihls „Jubelhymne zum Haager Friedenskongreß“ setzt mit ihrer Fronte allem die Krone auf. — Die Nummer eine Novelle „Der Geiger John Baring“ von Kurt Martens, die zu den feinsten und geistvollsten Prosafiktionen gehört, die der **Simplicissimus** veröffentlicht hat. Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volkstimme. —

Emile Zola, Die Schulter der Marquise und andere Novellen. Kleine Bibliothek Langen Bd. XIX. Umschlag-Bezeichnung von F. v. Reznicek. Preis M. 1.—, elegant geb. M. 2.—. Die hier in bekannt künstlerischer Ausstattung dargebotenen Geschnittenen Zolas zeigen den ersten Romanier der Gegenwart auch als Meister der fein pointierten Novelle. Mit ihrer reichen Fülle dramatisch be-

weitere Situationen sind sie das Beste, das der eminente Sitten-
schlichter auf diesem Gebiete geschrieben hat, und ein glänzendes
Zeugnis für das einzig bestehende Talent Polas, mit grausamer
Wahrheit die Mängel der menschlichen Natur zu beleuchten. Wir
bewundern die Größe seiner Weltanschauung, die scharf und unerbittlich
ist wie das Leben selbst, und von ersten bis zum letzten Wort feststelt
und diese wahren Kabinetsstücke folgender Erzählungstun. Bestellungen
nimmt die Buchhandlung der Volksstimme entgegen.

„Nordböhmische Klänge.“ Eine Sammlung von Arbeiter-
dichtungen. Herausgegeben von Heinrich Bartel. 142 S. Preis
75 Pf. Verlag von Albin Langer, Volksbuchhandlung, Chemnitz.
— Gedichte von nordböhmischen Arbeitern sind es, mit denen der Heraus-
geber an die Öffentlichkeit tritt. Jeder Freund einer volkstümlichen
Poesie soll sich das Buch anschaffen. Bestellungen nimmt die Buch-
handlung der Volksstimme entgegen.

Gingehandt.

**An die Holzarbeiter von Westerbüchen, Salske und
Fermersleben.**

Kollegen! Da die am 4. Juni in Aussicht genommene Verjam-
mlung, in der die Auflösung der Zählstelle zur Besprechung stand, nicht
stattfinden konnte (es waren nur 3 Personen anwesend), erklären wir
Unterschiedete die Zählstelle für aufgelöst und ersuchen die Mitglieder,
sich der Zählstelle Budau anzuschließen und recht rege zu agitieren,
damit es möglichst möglich ist, später eine besser gestärkte Zählstelle zu
errichten.

Die 7. Gauverwaltung, Vorort Magdeburg.
J. M. A. Fährmann.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Verammlung des Verbandes Deutscher Zimmerer (Zählstelle
Magdeburg.) Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab dem
Gendarmen Otto Hof das Wort zu einem interessanten Vortrag über das
Thema: „Die deutsche Sozialreform.“ — Die Verreibung der Sozial-
fonds-Marken wurde dem Kolporteur des Zimmerer übertragen. Zur
Kolportage des Zimmerer wurden die Kollegen Maß und Klein und
für Sudenburg Kollege Bunge gewählt. Die Fonds-Marken wurden
auf 10 Pf. pro Woche herabgesetzt und zwar vom 1. Juli ab.

Donnerstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, tagte im Saale der
„Krone“ eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung, in welcher
Kollege Herzog die Zustände in der Schuhfabrik von Grünberg u. Co.
besprach. Nach seinen Angaben war der erste Grund zur Unzufrieden-
heit ein den Vorrichtern vorgelegter Lohnzettel, welchen dieselben nicht
acceptieren konnten und deshalb kündigten. Hieran sind die hiesigen
und auswärtigen Kollegen benachrichtigt worden. Eine hierauf statt-
findende Fabrikkonferenz einigte sich mit Herrn Ludwig dahin, daß im
Fachblatt eine Berichtigung erschien. Auch wurde ein Fabrikanschluß

gepöht, der alsbald in Tätigkeit trat. Dies schien der Fabrikleitung
nicht angenehm, denn bald darauf wurde der Kollege Koch gefündigt.
Kollege Haupt und Fabian, als Mitglieder der Agitationskommission,
wurden bei Herrn Grünberg vorstellig; ihnen wurde versprochen, Koch
nicht zu entlassen, sondern als Nachpuzer weiter zu beschäftigen. Troz-
dem wurde Koch entlassen. Inzwischen kam der erste Mai. Auf
die Anfrage seitens des Ausschusses wurde der Freitag ausstandslos
bewilligt. Doch die Folgen blieben nicht aus. Herr Grünberg kündigte
am Sonnabend Kollegen Herzog, weil dieser am 1. Mai vor der Fabrik
gestanden und Arbeiter von der Arbeit abgehalten haben soll. Kollege
Haupt und Fabian erhielten den Bescheid von Grünberg, er könne
nicht anders, er müsse ein Exemplar statuieren; es könnten drei Meister
und ein Buchhalter bezogen, daß Herzog mit einem Kollegen Klade
um 6 Uhr früh gesprochen habe. Trotzdem wurde von dem jetzt ent-
lassenen Klade unwiderleglich bewiesen, daß er das Unglück hatte, am
Morgen des 1. Mai bis 10 Uhr zu schlafen. Es blieb dabei, Herzog
wurde entlassen. Kollege Fabian sprach von seinen Unterhandlungen
mit Herrn Grünberg. Es seien ihm allerlei Versprechungen gemacht,
wie dieselben gehalten werden, können die Kollegen am besten be-
urteilen, welche in der Grünbergschen Fabrik arbeiten. Kollege Haupt
beglückte es seinerseits mit Freunden, einen offiziellen Vertreter der
Firma vor sich zu haben, in der Hoffnung, daß ein objektiver Ver-
sammlungsbericht an Herrn Grünberg gelangen werde. Kollege Ehde
erklärte nun die letzten Vorgänge in der Zwidererei. Hier sollten etliche
Arbeiter an die Zwidmaschine gehen, dieselben erklärten aber, bei der
jetzigen Einrichtung nichts verdienen zu können. Die Arbeiter legten
deshalb in Abwesenheit des Herrn Grünberg Herrn Ludwig einen
Lohnzettel vor, der später von dem Herrn Grünberg mit folgenden
Worten abgelehnt wurde: „Ihr seid verrückt; wäre ich dagewesen, ich
hätte Euch mit dem Knüttel hinausgeschauert.“ Nachträglich wollte
Herr Grünberg 19 Schillingen zulegen. Die Zwiderer erklärten,
diesem geringen Zuschlag nicht acceptieren zu können, worauf Herr
Grünberg jagte: „Dann giebt es eben nichts, dann mache ich die
Fabrik zu und gehe ins Bad.“ Dem Kollegen Fabian erschien es,
als ob es der Fabrik um einen Streik zu thun sei, da jetzt keine Zeit
ist. Er warnte vor der Inszenierung eines Streiks, der dem Unter-
nehmer passe, und empfahl zu warten bis Herr Grünberg seine Bade-
saison beendet hat. Die Zeit inzwischen müsse aber energisch ausgenutzt
werden, um die Organisation zu stärken. Würden, nach Ansicht des
Redners, die Kündigungsscheine in allernäherer Nähe des Herrn Grün-
berg niederfallen, wäre es anders in der Fabrik, denn es würde aus-
gesprochen, daß solange Herr Ludwig Mitinhaber der Firma sei, nie-
mals stabile Zustände eintreten. Schließlic wurde noch die plötzliche
Entlassung des Steppmeisters Hindelmann erwähnt. Der vorgerückten
Zeit halber wurden die Verhandlungen abgebrochen und es wurde die
Versammlung mit der Ermahnung geschlossen, eine rege Agitation für
den Verein Deutscher Schuhmacher zu entfalten.

Mittwoch, 11. Juni:

M. Arbeitergesangverein Magdeburg. Jeden Mittwoch Übungsstunde
bei Großhumm. Sangeslustige Arbeiter werden dajelbst aufgenommen.

Männer-Gesangverein „Einigkeit“, Magdeburg. Jeden Mittwoch
Singsunde.
Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag
abends 8 Uhr Übungsstunde in „Friedrichsplatz“.
Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turn-
abend in der „Berthler Bierhalle“, Schöningerstraße 28.
Männer-Chor „Fidelio“, Budau. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr,
Übungsstunde in Hüblers Restaurant, Dorotheenstr. 19.
Gesangverein Gemischter Chor, Budau. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr
Übungsstunde bei G. Walzer, Klosterbergstraße 5. Aufnahme
neuer Mitglieder.
Arbeiter-Turnverein Hohendöbeleben. Jeden Mittwoch und Sonnabend
abends 8 Uhr Übungsstunde bei Sixtus.
Männer-Turnverein Westerbüchen. Jeden Mittwoch und Sonnabend
abends 8 Uhr, Turnstunde im „Weißen Hirsch“.
Gesangverein „Männerchor“, Fermersleben. Jeden Mittwoch abends
8 Uhr Übungsstunde bei Lutz.
Männer-Turnverein Leimbörsch. Jeden Mittwoch und Sonnabend
abends von 8—10 Uhr Übungsstunde.
Männer-Gesangverein Gr.-Dörstelben. Jeden Mittwoch abends Übungs-
stunde bei Baake.
B u r g. Gesangverein „Vorwärts“. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr
Übungsstunde bei Jesse.

Briefkasten.

Zählstelle des Verbandes der Zimmerer sowie Schu-
macher Neustadt. Wie oft sollen wir den — darum bitten, Mit-
teilungen an uns nur auf einer Seite und zwar mit Tinte zu schreiben.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ort	10. Juni	11. Juni	12. Juni	13. Juni
Barndubitz	+ 0.06	+ 0.04	+ 0.02	—
Brandeis	+ 0.18	+ 0.12	+ 0.06	—
Melmitz	0.00	— 0.06	0.06	—
Zeitmeritz	+ 0.02	—	—	—
Mußig	—	+ 0.25	—	—
Dresden	— 0.90	— 0.99	0.08	—
Torgau	+ 1.28	+ 1.20	0.08	—
Wittenberg	—	+ 1.96	—	—
Köplau	+ 1.49	+ 1.39	0.10	—
Borb	+ 2.22	+ 1.92	0.30	—
Schönebeck	+ 1.90	+ 1.79	0.11	—
Magdeburg	+ 1.76	+ 1.66	0.10	—
Langermünde	+ 2.66	+ 2.42	0.24	—
Wittenberge	+ 2.56	+ 2.44	0.12	—
Dömitz, Begel	+ 2.54	+ 2.30	0.24	—
Lauenburg	+ 2.67	+ 2.40	0.27	—

Officiere meine

hochfeinste la. Tafel-Butter

in Qualität das Feinste was es giebt

im Ausstich für **Mk. 1.10** das Pfund,

feine frische Molkerei-Butter

Pfund Mk. 1.00,

feine rein schmeckende Natur-Butter Mk. 0.95.

Jeder Konsument überzeuge sich, daß er den Artikel **Butter** bei mir stets frisch und äußerst preiswert erhält.

L. W. Lüder, Große Marktstr. = u. Stephansbrücke-Gde.

Geschäfts-Übernahme.
Hierdurch gebe ich meinen lieben Freunden, Bekannten und verehr-
lichen Vereinen zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das von
Herrn **Gottfried Dienemann**, Budau, Coquiststraße 19, betriebene
Restaurant
ganzlich übernommen habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, den mich besuchenden Gästen
den besten Aufenthalt in meinem Lokal so angenehm als möglich zu machen,
sowie durch Verköstigung
besten Speisen und Getränke
das meinem Herrn Vorgänger größtenteils erlangte Renommee zu erhalten.
Magdeburg-Budau, 10. Juni 1892.
Matthias Heinrichs
Coquiststraße 19.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die
Volksstimme beziehen zu wollen.

Paul Peucker
Fahrrad - Handlung
Hasselbachplatz, Ecke Lorenzienstraße
Lager von Fahrrädern
Billigste Bezugsquelle in
Glocken, Laternen, Pumpen u. Fel-
lampen, Acetylenlampen von Mk. 7
an, Teleskopumpen Mk. 3.
Teleskoplampen grüßlicher

**Möbel-
Einrichtungen**
größte Auswahl
in den großen Sälen
5 Möbelgeschäften von
J. Meek
jetzt nur
Jakobsstraße 51
1372

Gearbeiten werden angefertigt
Hauptstraße 2, Franz Straße 3, Haupt

**10 Bettstellen
u. Matratzen**
werden einzeln mit
einer Anzahlung
von **Mk. 5.00** und
wöchentlich Aß-
zahlung von
1.00 Mark an ab-
gegeben.
S. Osswald
Ulrichstraße 14
1. Etage
gegenüber der
Ulrichskirche.

Fr. Eise Fischer, Fermersleben, zu ihrem
Siegenfeste ein donnerndes Lebehoch, daß
der ganze Osterlebensweg wackelt!

Standesamt.
Magdeburg, 12. Juni.
Aufgebote: Verordn.-Inspektor Gust.
Fagenhoff in Neustadt mit Elise Blanten-
burg hier. Schmied Michael Sotol mit
Anna Wirgen hier. Kaufmann Otto
Schmidt mit Anna Schmidt geb. Peters h.
Hilfenbach-Beamter Karl Andr. Otto Becker
hier mit Emma Dorothee Karoline Brind-
mann in Dardesheim. Arb. Johann Friedr.
Bertram mit Auguste Wilhelmine Braune
in Dömitz. Arb. Friedrich Kirchner
hier mit Hermine Mähling in Biere.
Mechaniker Otto Peische mit Frieda Schöne-
felder. Arb. Ernst Dammert hier mit Emma
Ebeling in Groß-Mühlhagen. Fleischer
Franz Henkel mit Hermine Zimmermann
hier. Viehhändler Georg Gerjon in Kappel
mit Toni Wöhlmann hier. Arb. August
Niemann mit Martha Hofne in Groß-
Dörstelben.

Geburten: Walter, S. des Arbeiters
Philipp Kier. Luise, T. des Arbeiters
Germann Pege. Georg, S. des Tischlers
Herrn Giesenhagen gen. Schröder. Kurt,
S. des Schneiders Hermann Reichert.
Hansrich, S. des Handlungsreisenden Hugo
Droßhn. Martha, T. des Arb. Friedrich
Boog. Luise, T. des Drechers Conrad
Belzig. Irma, S. des Schuhmachers Willi
Hobde. Otto, S. des Eisen-Bureau-
diarsen Ferd. Brill. Hedwig, T. des Arb.
Demthold Wolf.

Todesfälle: Jacob Sebecker, Arb.,
69 J. 8 M. 20 T. Wilhelm Peters (auch
Kobde), Referendar aus Dresden, ca. 28 J.
Karl, S. des Kunstgers Friedrich Müller,
4 J. 1 M. 12 T. Elise, T. des Arbeiters
Friedrich Strauß, 1 J. 4 M. 29 T.
Hermine geb. Straube, Witwe des Probant-
meisters Alb. Rüdde, 69 J. 1 M. 10 T.
Friedrich, S. des Arb. Gustav Klug, 4 J.
7 M. 13 T. Friedrich Jungang, Karver,
49 J. 1 M. 7 T. Wilhelm Lüttau,
Landwirtsch., 19 J. 9 M. 19 T. Paul
Schmidt, Malerges., 3 J. 4 M. 11 T.
Emma geb. Ulrich, Witwe des Zahnteilers
Friedrich Radde, 51 J. 6 M. 1 T.

Totgeburt: Eine T. des Schlossers
Richard Zeichner.

Sudenburg, 12. Juni.
Aufgebote: Arbeiter Johann Wilhelm
Bawerel mit Anna Theresia Moncke hier.
Geburten: Martha, T. des Arbeiters
Germann Salbach. Helene, T. des Arb.
Paul Baumgarten. William, unehelich.
Gustav, S. des Lehrers Karl Fichelsche.
Charlotte Elise, unehel. Hermann Robert
Ernst, unehelich.
Todesfälle: Erich, S. des Feilen-
hauers Otto Hoppe, 1 J. 11 M. 22 T.
Fritz, S. des Arbeiters Heinrich Brods,
3 M. 20 T. Elise, T. des Schlossers Otto
Leicht, 1 J. 7 M. 13 T. Robert Arlt,
Drocher, 37 J. 7 M. 23 T. Luise, geb.
Knaputh, Ehefrau des Telegraphenarbeiters
Friedrich Haberland, 29 J. 6 T. Karl,
S. des Straßen-Arbeiters Karl Ritter
7 M. 12 T. Franz Bornmann, Arbeiter,
37 J. 8 M. 26 T. Josef Müller, Drechsler
43 J. 1 M. 20 T.

Budau, 12. Juni.
Aufgebote: Arbeiter Wilhelm Carl
Fröde in Magdeburg mit Emma Anna
Jährling hier.
Geburt: Lucie, T. des Hilfsbreiters
Karl Ballhaus.
Todesfälle: Wwe. Ulrike, Gräfin,
geb. Postmann, 73 J. 2 M. 19 T. Maria
geb. Voigt, Ehefrau des Mechanikers
Friedrich, 62 J. 6 M. 23 T. Carl, S.
des Schlossers Robert Traber, 5 M. 7 T.

Neustadt, 12. Juni.
Aufgebote: Schlosser Ernst Treßler
mit Anna Hochwäcker.
Geburten: Richard, S. des Arbeiters
Germann Mälinger. Erna, T. des Lederer-
meisters Heint. Brüggemann. Gustav, S.
des Arb. Jul. Bernhardt. Frieda, T. des
Arb. Hermann Knöselmann. Paul, S.
des Dachdeckers Otto Hegebart. Hedda, T.
des Kanalarbeiters Gern. Kiger. Hermann,
S. des Schneiders Wilhelm Werner. Georg,
S. des Kaufmanns Viktor Spengemann.
Todesfälle: Hermann, S. des Arb.
Karlert Penke, 1 J. 11 M. 22 T. Char-
lotte, T. des Arb. Gottfried Graßel gen.
Herz, 8 M. 14 T. Georg, S. des Kauf-
manns Viktor Spengemann, 12 Td.